



1990 Eidgenössische
Volkszählung

3 Argumentekatalog

- 3.1 Wozu eine Volkszählung?
- 3.2 Fragen und Antworten zur Volkszählung 1990
 - 3.2.1 Kurzfassung
 - 3.2.2 Langfassung
- 3.3 Verwendungsbeispiele der Volkszählungsdaten

3 Argumentekatalog

- 3.1 Wozu eine Volkszählung?
- 3.2 Fragen und Antworten zur Volkszählung
1990
 - 3.2.1 Kurzfassung
 - 3.2.2 Langfassung
- 3.3 Verwendungsbeispiele der Volkszählungs-
daten



1990 Eidgenössische
Volkszählung

● Wozu eine Volkszählung?

In den Jahren um 1990 finden weltweit in über 130 Ländern Bevölkerungsaufnahmen statt. Die Schweiz führt seit 1850 alle zehn Jahre Volkszählungen durch. Die Volkszählung, welche eine Personen-, Wohnungs- und Gebäudeerhebung beinhaltet, liefert wichtige statistische Grundlagen für Planung, Entscheidungen und Massnahmen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung.

Nun könnte man sich fragen, wozu denn im Computerzeitalter immer noch jeder Bürger direkt befragt werden muss, weil doch viele Gemeindeverwaltungen bereits Grundinformationen über jeden von uns in ihren Registern gespeichert haben. Dem föderalistischen Aufbau unseres Staates entsprechend sind jedoch der Informationsgehalt und der Aufbau solcher Register noch sehr unterschiedlich und uneinheitlich. Bestimmte Informationen sind oft veraltet oder gar nicht vorhanden. Dadurch wird ein gesamtschweizerischer Vergleich dieser Daten verunmöglicht. **Eine Zählung anhand der Register könnte deshalb zum gegenwärtigen Zeitpunkt die notwendigen Grundlagen nicht liefern.**

Die letzten Grunddaten stammen aus der Volkszählung von 1980. Deshalb fehlen uns heute für viele Entscheidungen, die uns alle angehen, zuverlässige, vergleichbare und aktuelle statistische Daten. Dies gilt für die langfristig vorausschauende Planung von Wohnungen, Verkehrswegen, Schulen, Arbeitsplätzen und Renten.

Die Antworten auf den Fragebogen liefern beispielsweise Grunddaten über den genauen Bestand und den Altersaufbau der Bevölkerung. Das ist im Hinblick auf die künftige Finanzierung und Bemessung von Renten (AHV) und Pensionen von entscheidender Bedeutung.

Die Zusammensetzung und Grösse der Haushalte und Familien sowie die Entwicklung der Haushalte, die aus dem Vergleich mit früheren Zählungen hervorgeht, bilden die Grundlage einer zukunftsorientierten Familienpolitik.

Zusammen mit den Angaben aus der Wohnungs- und Gebäudeerhebung bilden diese Daten zum Beispiel die Grundlage für Prognosen über den Wohnungsbedarf, für die Planung familienfreundlicher Wohnungen, für Subventionen im Wohnungsbau und für die Eigentumsförderung.

Die Frage nach dem Wohnort vor fünf Jahren ermöglicht es, Kenntnisse über das Wanderungsverhalten der Bevölkerung zu gewinnen. Aussagen über Wegzüge vom Land in die Stadt oder aus der Stadt in eine Vorortsgemeinde können damit gewonnen werden.

Daten über das Wanderungsverhalten, die Entwicklung der Ausbildung und der Berufe dienen den Behörden und der Wirtschaft zur Planung von Ausbildungsstätten sowie zur Arbeitsmarkt-, Produktions- und Marktforschung.

Die Angaben zum Arbeitsort/Schulort sowie zum Verkehrsmittel liefern Grunddaten zum Pendlerproblem in den Städten und zur Förderung des öffentlichen Verkehrs.

Jede Frage, die Sie im Fragebogen beantworten müssen, wird also dem Interesse aller und letztlich, im einen oder anderen Fall, auch Ihnen persönlich zugute kommen.



1990 Eidgenössische
Volkszählung

Fragen und Antworten zur Volkszählung 1990

Kurzfassung

Inhaltsverzeichnis

I Zur Einführung

1. Wozu eine Volkszählung?
2. Datenschutz
3. "Der Ablauf der Volkszählung 1990"
"Der Weg der Daten" (Grafiken)

II Argumentarium

Fragen und Antworten

I. Informationsteil

1. Wozu eine Volkszählung?

Mit der Volkszählung werden statistische Daten erhoben, die breiten Kreisen für zahlreiche Zwecke zugute kommen. Nur die Volkszählung ermöglicht heute eine umfassende Momentaufnahme zur Struktur der Bevölkerung sowie zu den Wohnungen und Gebäuden in der Schweiz. Entsprechend liefert sie eine Fülle von einzigartigen Informationen, die zur Beantwortung und Bewältigung von Fragen und Problemen in unserer Gesellschaft dienen. Behörden, Verbände und die Wirtschaft erhalten Grundlagen für die Planung und Entscheidungsfindung, wissenschaftliche Kreise gewinnen Voraussetzungen für ihre Forschungsarbeiten und Lehrveranstaltungen, und - nicht zuletzt - werden den Schulen sowie der breiten Öffentlichkeit wertvolle Informationen über ihr Land zur Verfügung gestellt.

Die Volkszählung erbringt Basisdaten, schafft Übersichten und erlaubt Prognosen. Konkrete Beispiele zur Verwendung von statistischen Angaben aus der Volkszählung umfassen nahezu alle Lebensbereiche. Einige Beispiele zur Illustration:

- O Wieviele Nationalratsmandate erhalten die einzelnen Kantone?
Im Bereich der Politik bieten die Bevölkerungszahlen aus der Volkszählung die rechtliche Grundlage für die Verteilung der Nationalratsmandate auf die Kantone, teilweise aber auch für die entsprechende Zuteilung innerhalb der Kantone.
- O Wie entwickelt sich die Bevölkerung altersmässig in den nächsten Jahren?
Die Volkszählungsdaten ermöglichen Kantonen und Gemeinden Prognosen über den zukünftigen Bedarf an Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Altersheimen.
- O Rund 70% der Wohnungen in der Schweiz sind Mietwohnungen. Hat sich dieser Anteil gegenüber 1980 verändert? Wie haben sich die Mieten entwickelt? Die Gebäude- und Wohnungserhebung liefert hier die Grundlage für eine Standortbestimmung, die die Wohnungspolitik in der Schweiz mitgestalten hilft.
- O Wie werden die Wohngebäude beheizt - mit Öl, Gas oder elektrischer Energie?
Diese Frage kann dank der Gebäudeerhebung beantwortet werden. In der Energiepolitik dienen die daraus resultierenden statistischen Angaben u.a. der Erstellung von Studien über den Wärmeverbrauch der Wohngebäude und damit der Ausarbeitung von Energieszenarien. Benötigt werden solche Studien aber auch in der Umweltpolitik für die Erkennung von Belastungsgebieten und damit zum Beispiel für den Vollzug der Luftreinhalteverordnung.
- O Wie steht es um die AHV im Jahre 2030?
Die Eidgenössische AHV/IV-Kommission und das Bundesamt für Sozialversicherung benutzen die Altersangaben aus den Volkszählungen und die daraus ableitbaren Prognosen als Arbeitsgrundlage für die Festlegung der AHV/IV-Renten.
- O In der Privatwirtschaft finden die Ergebnisse der Volkszählung u.a. Eingang in die Marketingplanung von Unternehmen, wenn es zum Beispiel um die Gründung von Filialen geht. Aber auch Ärztinnen und Ärzte benutzen die Volkszählungsdaten, um den möglichen Standort ihrer Praxen abzuklären.

- Welche beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten haben kaufmännische Angestellte?
Statistische Daten zur Ausbildung und zum ausgeübten Beruf liefern Informationen über entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten. In der Berufsberatung sind diese Angaben Arbeitsgrundlage für eine sorgfältige Berufsplanung.
- Lässt sich mein Arbeitsplatz in Zukunft möglicherweise bequemer erreichen?
Angaben zum Arbeitsort bzw. Schulort sowie zum Verkehrsmittel erbringen wichtige Informationen für die Verkehrspolitik - z.B. wo der öffentliche Verkehr ausgebaut oder wo ein Tarifverbundsystem eingeführt werden soll.
- Die Volkszählung ist die einzige Quelle, die eine genaue Übersicht über die Verteilung der vier Sprachgruppen in der Schweiz gibt. Benötigt werden diese Informationen z.B. zur Ausarbeitung von Förderungsmaßnahmen für räto-romanische Sprachminderheiten.

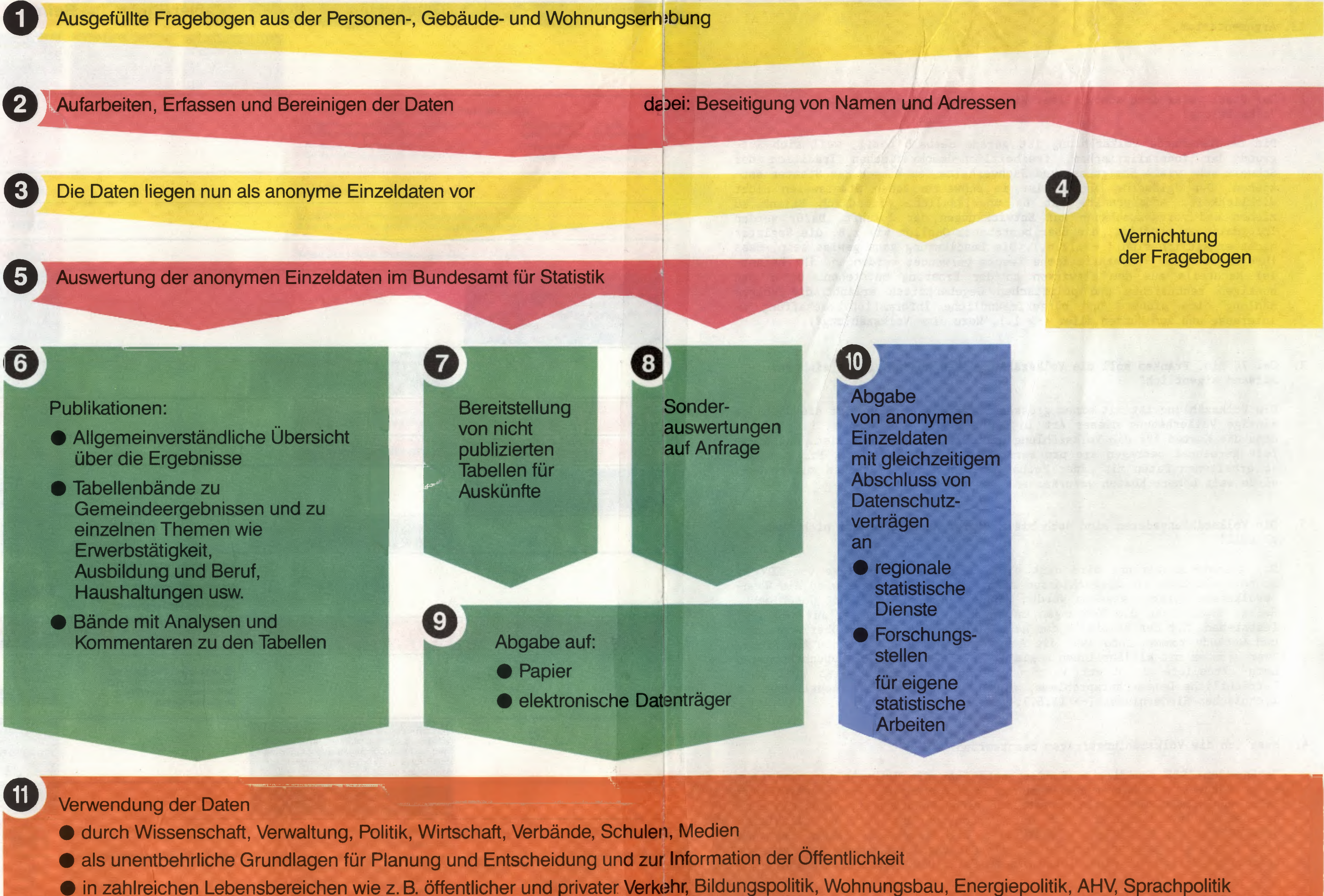
2. Datenschutz

Der Datenschutz hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Für die Volkszählung 1990 wurde erstmals der Datenschutz in einem Bundesgesetz verankert. Das heisst:

- Alle mit der Volkszählung beauftragten Personen einschliesslich Zählpersonal unterstehen dem Amtsgeheimnis.
- Auf Bundesebene wird die Einhaltung des Datenschutzes vom Bundesamt für Justiz kontrolliert. Auf Kantons- und Gemeindeebene bestimmen die Kantone eine von der Zählung unabhängige Amtsstelle als Kontrollorgan für die Wahrung des Datenschutzes.
- Die Gemeinden dürfen ihre Register nicht mit Daten aus der Volkszählung aktualisieren.
- Die Daten werden ausschliesslich für statistische Zwecke verwendet. Aus diesem Grund werden sie anonymisiert; das heisst, sie dürfen nur ohne Name, Vorname und Adresse gespeichert werden.
- Die Daten dürfen nur so veröffentlicht oder weitergeben werden, dass eine nachträgliche Bestimmung von betroffenen Personen und ihren Verhältnissen nicht möglich ist.

Der Ablauf der Volkszählung 1990

	Parlament	Bundesrat	Bundesamt für Statistik	Kantone	Gemeinden	Zähler/innen	Befragte
1988	Revision des Bundesgesetzes über die Eidg. Volkszählung von 1860	Verordnung über die Eidg. Volkszählung 1990 Rechtsgrundlagen in Kraft ab 1. Januar 1989					
			Laufende Vorbereitungsmaßnahmen in den Bereichen: - Organisation der Zählung in Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden - Erhebungsunterlagen (Personen- und Gebäudefragebogen, Kontroll-Listen usw.)				
			- Anleitungen für Kantone, Gemeinden und Zähler/innen - Datenerfassung und -auswertung - Information der Öffentlichkeit				
April/Mai 1989			Probezählung in 4 Gemeinden				
März/April 1990			Erste Serie von Schulungsveranstaltungen für Kantone Schwerpunkte: Allgemeine Einführung, Wohnungs- und Gebäudeerhebung				
Mai 1990			Versand der Gebäudefragebogen an die Gemeinden				
ab Mai 1990				Erste Serie von Schulungsveranstaltungen für die Gemeindeverantwortlichen Schwerpunkte: Allgemeine Einführung, Wohnungs- und Gebäudeerhebung			
ab Juni 1990					Verteilung der Gebäudefragebogen an die Hausverwalter und an die Hauseigentümer, die nicht im eigenen Gebäude wohnen		
September 1990			Zweite Serie von Schulungsveranstaltungen für Kantone Schwerpunkt: Personenerhebung				
September 1990			Versand der Personenfragebogen an die Gemeinden				
ab September 1990				Zweite Serie von Schulungsveranstaltungen für die Gemeindeverantwortlichen Schwerpunkt: Personenerhebung			
ab Sept./Okt. 1990					Rekrutierung und Schulung der Zählerinnen und Zähler		
ab 23. Nov. 1990						Verteilung der Personenfragebogen an die Haushalte und der Gebäudefragebogen an die im eigenen Gebäude wohnenden Hauseigentümer	
Dezember 1990							Stichtag für das Ausfüllen der Fragebogen
ab 5. Dez und bis ca. 11. Dez. 1990						Einsammeln der Fragebogen, Vollständigkeitskontrolle und Ablieferung der Unterlagen an die Gemeinden	
bis Mitte Dez. 1990					Überprüfung, ob die Fragebogen vollständig ausgefüllt wurden; allenfalls Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen resp. Ergänzung mit Angaben, die im Gemeinderegister vorhanden sind		
ab 21. Dez. 1990					Abliefern der Erhebungspapiere an das Bundesamt für Statistik bzw. an eine der 10 regionalen Volkszählungsstellen		
ab Januar 1991			Aufarbeiten, Erfassen und Bereinigen der Daten Vernichtung der Erhebungspapiere				
ab Anfang 1992 bis Ende 1994			Publikation der Ergebnisse in Form von Tabellen und kommentierten Bänden Bereitstellen von Tabellen für nicht publizierte Daten				Auskunfterteilung Weitergabe von Daten an Forschung und Wissenschaft



II. Argumentarium

1. Der Staat weiss doch schon alles. Wieso braucht es da noch eine Volkszählung?

Die bevorstehende Volkszählung ist gerade deshalb nötig, weil sich aufgrund der föderalistischen, freiheitlich-demokratischen Tradition der Schweiz sehr viele Ereignisse und Sachverhalte dem Wissen des Staates entziehen. Der "gläserne Bürger" ist im schweizerischen Staatswesen nicht Wirklichkeit. Andererseits ist es unerlässlich, periodisch Bilanz zu ziehen und vorauszuschauen auf Entwicklungen der Zukunft. Dafür werden Informationen benötigt, die über bestehende Quellen wie z.B. die Register nicht erhältlich sind (-> II.6.). Die Bevölkerung kann gewiss sein, dass ihre Angaben nur für statistische Zwecke verwendet werden und ihr keinerlei Nachteile aus dem Mitwirken an der Erhebung entstehen. Unter den heutigen rechtlichen und politischen Gegebenheiten erlaubt die Volkszählung eine sichere und bürgerfreundliche Informationsbeschaffung im Interesse und zum Nutzen aller (-> I.1. Wozu eine Volkszählung?).

2. Ca. 70 Mio. Franken soll die Volkszählung 1990 kosten. Lohnt sich der Aufwand eigentlich?

Die Volkszählung ist mit einem grossen Aufwand verbunden, ist sie doch die einzige Vollerhebung dieser Art in der Schweiz. Zu bedenken ist jedoch, dass die Kosten für die Volkszählung nur alle 10 Jahre anfallen. Auf diese Zeit gerechnet betragen sie pro Person und pro Jahr nur ca. Fr. 1.-. Die so erhaltenen Daten mit einer Reihe von Einzeluntersuchungen zu erheben, würde weit höhere Kosten verursachen.

3. Die Volkszählungsdaten sind doch bis zu ihrer Auswertung gar nicht mehr aktuell!

Die gesamte Auswertung wird dank eines intensiven Einsatzes von EDV so schnell wie noch nie abgeschlossen sein. Bereits Ende 1991 wird die Wohnbevölkerung bekannt gegeben werden können. Daten über Alter, Geschlecht, Heimat sowie über die Wohnungen und Gebäude werden im Verlauf von 1992 feststehen. Mit der Statistik der Haushalte und den Angaben über Wohnungen und Gebäude kommen Ende 1993 die Auswertungsarbeiten zu einem Abschluss. Zwar stünden mit alljährlichen Registerzählungen und Stichprobenerhebungen noch aktuellere Daten zur Verfügung, damit verbunden wären aber auch beträchtliche Datenschutzprobleme, ganz abgesehen von den rechtlichen und technischen Hindernissen (-> II.6.).

4. Muss ich die Volkszählungsfragen beantworten?

Gemäss dem 1988 revidierten Bundesgesetz über die Volkszählung sind alle in der Schweiz wohnhaften Personen zur Beantwortung der Fragen verpflichtet. Wenn jemand die Fragen vorsätzlich nicht beantwortet, nimmt die entsprechende Gemeindebehörde mit der Person Kontakt auf, um allfällige Unklarheiten zu bereinigen. Beantwortet die Person die Fragen trotzdem nicht, wird sie gemahnt. Verstreicht die Mahnungsfrist ungenutzt, kann die betroffene Person mit einer Busse bis zu Fr. 3'000.- bestraft werden.

5. Erfahren Verwaltungsstellen wie z.B. die Einwohnerkontrolle oder die Steuerbehörde, wie ich den Fragebogen ausgefüllt habe?

Die Behandlung, Verarbeitung und Weitergabe Ihrer Daten geschieht unter Wahrung des gesetzlich verankerten Datenschutzes. Das heisst, die Informationen werden nur für statistische Zwecke verwendet. Zudem ist die Nachführung von Einwohnerregistern, Steuerregistern oder anderer Register aufgrund der Volkszählungsdaten auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene untersagt (-> I.3.).

6. Ist die Volkszählung im Computerzeitalter noch zeitgemäss? Lässt sie sich nicht durch andere Verfahren, z.B. durch Erhebungen auf der Basis von Gemeinderegistern oder durch Stichproben ersetzen?

Um mit einer Registerzählung die gleichen Resultate zu erhalten wie mit der Volkszählung 1990, müssten die bestehenden Gemeinderegister wesentlich ausgebaut und nach einheitlichen Kriterien geführt werden. Das würde faktisch den Aufbau eines zentralen Personenregisters bedeuten. Dieses müsste ständig aktualisiert werden, was wiederum nur mit einer direkten Befragung der Bevölkerung möglich wäre. Die Einrichtung eines zentralen Personenregisters ist aber aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich und aus Datenschutzgründen nicht erwünscht. Auch eine Stichprobenerhebung ist keine Alternative zur Vollerhebung, kann sie doch nur auf der Basis einer Vollerhebung durchgeführt werden. Zudem stellt die Stichprobenerhebung für kleinräumige Gebiete, also zum Beispiel für die Gemeinden, keine aussagekräftigen und vergleichbaren Ergebnisse bereit. Eine Alternative zur Volkszählung 1990 gibt es daher zur Zeit nicht.

7. Meine Daten werden zwar anonymisiert. Wie kann ich aber sicher sein, dass meine Person aufgrund meiner Daten nicht doch nachträglich bestimmt werden kann?

Das Bundesamt für Statistik ist nicht an Daten über Einzelpersonen, sondern an der Summe der Daten interessiert. Aus diesem Grund werden ja auch die Daten anonymisiert und die Fragebogen nach der Erfassung der Daten vernichtet. Weitergabe und Verwendung der Volkszählungsdaten unterliegen zudem strengen gesetzlichen Bestimmungen. Daten dürfen beispielsweise nur so an Verbände und Institutionen weitergegeben und veröffentlicht werden, dass Rückschlüsse auf die Verhältnisse von bestimmten Personen ausgeschlossen sind (-> I.3.).

8. Wer kann eigentlich die Ergebnisse der Volkszählung benutzen? Nützen sie denn nicht nur den Statistikern?

Die Ergebnisse der Volkszählung 1990 werden in Form von Heften mit Tabellen, Grafiken, Karten und Texten veröffentlicht, die allen, also auch Ihnen, zur Verfügung stehen. Einzeldaten hingegen dürfen aus Gründen des Datenschutzes nur an bestimmte Stellen weitergegeben werden: an Forschungs- und Planungsstellen, an Statistikstellen des Bundes, der Kantone und Gemeinden für eigene Arbeiten sowie an Institutionen, die vom Bund mit der Erstellung von Studien betraut werden. Zu diesem Zweck werden jeweils Datenschutzverträge abgeschlossen. Dass eine bestimmte Interessengruppe oder Institution in besonderem Masse von der Volkszählung profitiert, trifft nicht zu. Erfahrungsgemäss dienen die Resultate der Volkszählung

mehrheitlich (rund 60%) der allgemeinen Entwicklungsplanung. Zu je etwa 15% fliessen die Daten in politisch-administrative Verwendungen, in die Marktforschung und in gemischte Anwendungszwecke.

9. Wieso wird nach dem Mietzins gefragt? Möglicherweise steigen dann die Mietpreise.

Der Mietzins gibt neben anderen Faktoren Auskunft über die Wohnverhältnisse der Schweizer Bevölkerung. Da die Volkszählung nur alle 10 Jahre stattfindet, stützt sich die Höhe des Mietzinses sicher nicht auf die Ergebnisse der Volkszählung ab. Der Mietzins richtet sich vielmehr nach anderen Faktoren, z.B. nach der aktuellen Situation auf den Geld- und Kapitalmärkten.

10. Wird mein Name auch gespeichert?

Das Bundesamt für Statistik darf Ihren Namen weder speichern noch weitergeben oder sonstwie verwenden. Name und Vorname dienen lediglich der Vollständigkeitskontrolle der Zählung und der Möglichkeit eventueller Rückfragen bei Unklarheiten. Nach der Kontrolle werden die Fragebogen vernichtet. Damit verschwinden auch Name und Vorname.

11. Ich will nicht, dass der Zähler/die Zählerin meinen ausgefüllten Fragebogen sieht.

Der Personenfragebogen kann dem Zählpersonal in einem verschlossenen Couvert zurückgegeben werden. Die Zählerinnen und Zähler dürfen ein verschlossenes Couvert nicht einsehen. Erst die Gemeindebehörden werden in diesem Fall das Couvert öffnen und den Personenfragebogen auf Vollständigkeit überprüfen.

12. Wer garantiert mir, dass der Datenschutz während der Volkszählung wirklich gewahrt ist?

Auf Bundesebene wird die Einhaltung des Datenschutzes vom Bundesamt für Justiz kontrolliert. Die Kantone sind verantwortlich dafür, dass auf Kantons- und Gemeindeebene die Datenschutzbestimmungen eingehalten werden. Zu diesem Zweck richten sie eine von der Zählung unabhängige kantonale Amtsstelle als Kontrollorgan ein. Die Kontrollstellen überwachen das Sammeln und die Verarbeitung der Daten sowie die Überprüfung, die Vervollständigung, den Transport und die vorübergehende Aufbewahrung der Erhebungspapiere. Diese Amtsstellen können jederzeit und unangemeldet Kontrollen durchführen.

Bei allfälligen Unklarheiten können sich die Bürgerinnen und Bürger an ihre Datenschutzbeauftragten wenden.

13. Wieso fragen Sie mich nach der Adresse meiner Arbeitsstätte bzw. meiner Schule?

Name und Adresse Ihrer Arbeitsstätte bzw. Schule dienen in Verbindung mit Ihrer Wohnadresse zur Erarbeitung von Statistiken über die Arbeitswege (Pendlerstatistik). Ausserdem verwendet das Bundesamt für Statistik mit

Hilfe seines Betriebs- und Unternehmungsregisters diese Angaben zur Bestimmung des Wirtschaftszweiges (Branchenstatistik). Es werden keine Erkundigungen bei Ihrem Arbeitgeber eingeholt! Nach Abschluss der Auswertungen werden Wohnadresse sowie Name und Adresse der Arbeitsstätte bzw. der Schule gelöscht.

14. Warum wird nach der Konfession gefragt?

Diese Frage kann als Eingriff in die Privatsphäre empfunden werden. Die Zugehörigkeit zu einer Kirche oder Glaubensgemeinschaft ist aber ein bedeutendes kulturelles Merkmal. Zudem erfüllen die Landeskirchen in der Schweiz öffentlich-rechtliche Funktionen. Die Volkszählung ist die einzige Quelle, die diese Angaben liefert. Die Daten werden u.a. für die Mandatsverteilung in Synodalräten, für die Planung von Pfarrstellen und kirchlichen Neubauten sowie für die Verteilung von Steuererträgen an die Kirchen benötigt.

Hinweis / Remarque / Osservazione



1990 Eidgenössische Volkszählung
Recensement fédéral
Censimento federale
Dumbrazziun federala

Hinweis für Gemeinden:

Das Argumentarium "Fragen und Antworten zur Volkszählung 1990" ist in der Langfassung nur im Leitfaden der Kantone enthalten.

Remarque à l'intention des communes:

Le Manuel destiné aux communes ne contient que la version abrégée des "Questions et réponses concernant le recensement de la population de 1990".

Osservazione per i Comuni:

La versione integrale delle "Domande e risposte sul censimento del 1990" si trova solo nella Guida per i Cantoni.

Fragen und Antworten zur Volkszählung 1990

Langfassung



I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Kapitel 1:	Antworten zu grundsätzlichen Fragen über den Auftrag, die Organisation, die Durchführung, die Kontrolle und die Auswertung der Volkszählung 1990	Seite 5
Kapitel 2:	Pro-Argumente auf negativ formulierte Behauptungen und Kritik am Nutzen, an der Durchführung, am Datenschutz oder an der Auswertung der Volkszählung	39
Kapitel 3:	Alphabetisches Stichwortverzeichnis mit Querverweis auf die betreffenden Antworten	52
Anhang	Quellenverzeichnis	54

Einleitung

Sehr geehrte Damen
Sehr geehrte Herren

Die Volkszählung betrifft jede Schweizer Bürgerin und jeden Schweizer Bürger. Entsprechend gross sind das Interesse und das Echo, das die kommende Personen-, Gebäude- und Wohnungserhebung weckt. Es geht dabei primär um Fragen grundsätzlicher Natur über die Fragebogen, den Datenschutz, die Durchführung und den Nutzen der Volkszählung. Aber es wird auch Kritik und negative Stimmen geben, denen es vor allem darum geht, den reibungslosen Ablauf der Zählung zu stören.

Ihnen als Mitverantwortliche für die Volkszählung kommt dabei eine wichtige Rolle als Mittler zwischen dem Bundesamt für Statistik, das die Zählung im Auftrag des Bundesrates ausführt, und der Öffentlichkeit zu. Sie sind eine wichtige Anlaufstelle für Fragen und Diskussionen, wobei es gilt, den Dialog zu suchen und aufrechtzuerhalten. Information schafft Verständnis und hilft mit, Vorurteile abzubauen. Information ist auch das beste Mittel, Gerüchte oder Falschmeldungen zu stoppen.

Mit dem vorliegenden Fragen- und Antworten-Katalog möchten wir Ihnen ein Instrument in die Hand geben, dem Sie die wichtigsten Basisinformationen und schlagenden Argumente für die Volkszählung 1990 entnehmen können. Die Antworten stützen sich auf das Bundesgesetz und die Verordnung über die Eidgenössische Volkszählung 1990 einerseits, auf Fakten sowie Erfahrungen mit früheren Volkszählungen andererseits.

Wir fordern Sie auf, im Interesse einer einheitlichen Aussage, die Argumente möglichst genau zu übernehmen. Für Ihre Unterstützung in unserem Bestreben, die Öffentlichkeit offen, klar und sachlich über die Volkszählung 1990 zu informieren, danken wir Ihnen.

BUNDESAMT FUER STATISTIK

Bern, 1989

KAPITEL 1

Notizen

1.1. Wie funktioniert die Volkszählung?

Ablauf und
Verantwortung

Die Volkszählung wird im Auftrag der eidgenössischen Räte vom Bundesrat durchgeführt. Dieser hat die Leitung der Volkszählung dem Bundesamt für Statistik übertragen.

Das Bundesamt für Statistik ist die Koordinations- und Anlaufstelle für die Kantone, die für die Zählung auf dem Kantonsgebiet verantwortlich sind.

Die Kantone (eine speziell bestimmte Amtsstelle) sind die Verbindungsstelle zwischen dem Bundesamt für Statistik und den Gemeindebehörden, die für die vollständige Zählung im Gemeindegebiet verantwortlich sind.

Die Gemeinden bezeichnen eine Amtsstelle oder eine Amtsperson, die für die Durchführung der Zählung, die Kontrolle und Vervollständigung der Erhebungs- und Hilfspapiere zuständig ist.

Datenschutz

Für die Sicherstellung des Datenschutzes bestimmen die Kantone eine von der Zählung unabhängige Amtsstelle als Kontrollorgan.

Auf Bundesebene wird die Kontrolle durch das Bundesamt für Justiz ausgeübt.

Vergleiche Frage 2.12.

Die Erhebungs- und Hilfspapiere werden vom Bundesamt für Statistik erarbeitet und in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt. Ebenso arbeitet das Bundesamt für Statistik Anleitungen für die Gemeindebehörden und die Zähler aus, führt für die kantonalen Verbindungsstellen Instruktionkurse durch und informiert die Öffentlichkeit.

Die Unterlagen für die Erhebung der Gebäude und Wohnungen werden den Gemeinden im Mai 1990, die Unterlagen für die Personenerhebung im September 1990 zugestellt.

In der Regel erfolgen die Verteilung und das Einsammeln der Fragebogen durch Zähler, die von der Gemeinde rekrutiert und instruiert werden. Das Bundesamt kann die Gemeinden auf Ersuchen ermächtigen, die Erhebungspapiere per Post zu versenden und auf gleichem Weg einzufordern. Die Gemeinden können die Gebäudefragebogen schon im Sommer 1990 an die Auskunftspflichtigen verteilen, wenn sie dies als notwendig erachten, z.B. an auswärtige Eigentümer oder an grosse Immobilienverwaltungen.

Der Ablauf der Volkszählung 1990

	Parlament	Bundesrat	Bundesamt für Statistik	Kantone	Gemeinden	Zähler/innen	Befragte
1988	Revision des Bundesgesetzes über die Eidg. Volkszählung von 1860	Verordnung über die Eidg. Volkszählung 1990 Rechtsgrundlagen in Kraft ab 1. Januar 1989					
			<p>Laufende Vorbereitungsmaßnahmen in den Bereichen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Organisation der Zählung in Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden - Erhebungsunterlagen (Personen- und Gebäudefragebogen, Kontroll-Listen usw.) - Anleitungen für Kantone, Gemeinden und Zähler/innen - Datenerfassung und -auswertung - Information der Öffentlichkeit 				
April/Mai 1989			Probezählung in 4 Gemeinden				
März/April 1990			Erste Serie von Schulungsveranstaltungen für Kantone Schwerpunkte: Allgemeine Einführung, Wohnungs- und Gebäudeerhebung				
Mai 1990			Versand der Gebäudefragebogen an die Gemeinden				
ab Mai 1990				Erste Serie von Schulungsveranstaltungen für die Gemeindeverantwortlichen Schwerpunkte: Allgemeine Einführung, Wohnungs- und Gebäudeerhebung			
ab Juni 1990						Verteilung der Gebäudefragebogen an die Hausverwalter und an die Hauseigentümer, die nicht im eigenen Gebäude wohnen	
September 1990			Zweite Serie von Schulungsveranstaltungen für Kantone Schwerpunkt: Personenerhebung				
September 1990			Versand der Personenfragebogen an die Gemeinden				
ab September 1990				Zweite Serie von Schulungsveranstaltungen für die Gemeindeverantwortlichen Schwerpunkt: Personenerhebung			
ab Sept./Okt. 1990						Rekrutierung und Schulung der Zählerinnen und Zähler	
ab 23. Nov. 1990							Verteilung der Personenfragebogen an die Haushalte und der Gebäudefragebogen an die im eigenen Gebäude wohnenden Hauseigentümer
4. Dezember 1990							Stichtag für das Ausfüllen der Fragebogen
ab 5. Dez und bis ca. 11. Dez. 1990							Einsammeln der Fragebogen, Vollständigkeitskontrolle und Ablieferung der Unterlagen an die Gemeinden
bis Mitte Dez. 1990						Überprüfung, ob die Fragebogen vollständig ausgefüllt wurden; allenfalls Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen resp. Ergänzung mit Angaben, die im Gemeinderegister vorhanden sind	
31. Dez. 1990						Abliefern der Erhebungspapiere an das Bundesamt für Statistik bzw. an eine der 10 regionalen Volkszählungsstellen	
ab Januar 1991			Aufarbeiten, Erfassen und Bereinigen der Daten Vernichtung der Erhebungspapiere				
ab Anfang 1992 bis Ende 1994			Publikation der Ergebnisse in Form von Tabellen und kommentierten Bänden Bereitstellen von Tabellen für nicht publizierte Daten			Auskunfterteilung Weitergabe von Daten an Forschung und Wissenschaft	

Stichtag

Der Stichtag für die Gebäude- und Wohnungserhebung sowie die Personenerhebung ist der 4. Dezember 1990.

Die Gemeinden liefern die überprüften und vervollständigten Erhebungs- und Hilfspapiere bis zum 31. Dezember 1990 dem Bundesamt ab.

Das Bundesamt für Statistik erstellt ein Auswertungs- und Publikationsprogramm. Die wichtigsten Ergebnisse werden fortlaufend veröffentlicht. Alle Ergebnisse werden der Öffentlichkeit auf geeigneten Datenträgern (Broschüren, Datenbanken, Mikrofichen, CD's, Disketten, usw.) zugänglich gemacht.

Zusatzinformation:

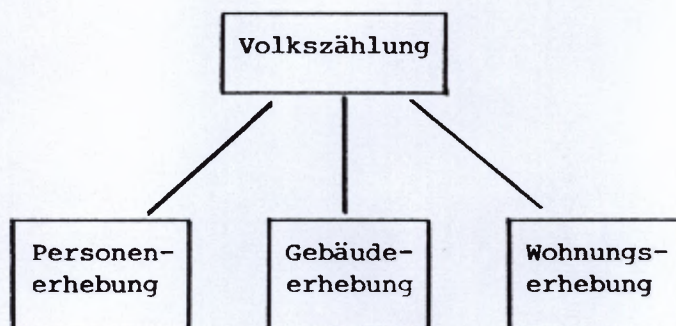
Vergleiche Verordnung über die Eidgenössische Volkszählung 1990

Vergleiche Grafik "Der Ablauf der Volkszählung 1990"

Notizen

1.2.

Was haben all die gestellten Fragen auf dem Personenfragebogen und erst die Gebäude- und die Wohnungserhebung noch mit der Volkszählung zu tun?



Der Name der Volkszählung ist als Oberbegriff zu verstehen.

Zusatzinformation:

Die Volkszählung war von jeher mehr als eine blosser Zählung der Personen. Sie diente schon vor 130 Jahren, als sie in der Schweiz eingeführt worden ist, dazu, der Verwaltung, weiteren Statistikbenützern und der allgemeinen Öffentlichkeit ein Bild über die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht, Heimat, Konfession, Sprache, Beruf, usw. zu vermitteln.

Zweck

Zweck der Zählung ist also seit 1860 gewesen, der Verwaltung und der Allgemeinheit ein Angebot von Zahlen zur Struktur der Bevölkerung, später auch zu den Wohnverhältnissen der Bevölkerung, zu verschaffen. Im Zahlenangebot sind bekannte Bedürfnisse jeweils berücksichtigt worden.

- 1.3. **Warum findet die Volkszählung ausgerechnet am 4. Dezember 1990 statt, und was bringt die Gesetzesrevision Neues?**
- Das Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung vom 3.2.1860 legte fest, dass die Volkszählung alle 10 Jahre in den Jahren, die mit Null enden, im Monat Dezember durchzuführen sei.
- Um den Anforderungen an die Vergleichbarkeit der Erhebungen gerecht zu werden, wollte man an dieser Zeitvorgabe festhalten.
- Zudem hat sich der Stichtag zu Beginn des Monats Dezember in all den Jahrzehnten bewährt, da er verhältnismässig wenig Probleme mit Ferienabwesenheiten und Feiertagen schafft.
- Stichtag Für 1990 hat der Bundesrat den 4. Dezember (Dienstag) als Stichtag festgelegt, weil sich erfahrungsgemäss ein Wochentag besser eignet als das Wochenende. Dies gilt für die Personen- wie für die Gebäude- und Wohnungserhebung. Aus praktischen Gründen kann die Erhebung der Gebäude und Wohnungen durch die Gemeinden vorzeitig erfolgen, der Stichtag 4.12.1990 bleibt jedoch bestehen.
- Gesetzesrevision 1988 Die Gesetzesrevision vom 23. Juni 1988 beinhaltet als wesentliche Aenderung die Verankerung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes, der Auskunftspflicht und Strafbestimmungen. Sie trat am 1. Januar 1989 in Kraft.
- 1.4. **Wie oft finden in der Schweiz Volkszählungen statt?**
- Periodizität Das revidierte Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung vom 23. Juni 1988 schreibt vor, dass alle zehn Jahre eine allgemeine schweizerische Volkszählung durchgeführt werden muss.

Notizen

1.5. **1988 wurde der 10-Jahres-Rhythmus der Volkszählung im Parlament diskutiert, warum?**

1987 arbeitete eine Arbeitsgruppe aufgrund einer Vernehmlassung bei betroffenen Kreisen eine Vorlage zuhanden des Bundesrates aus, mit dem Antrag auf eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die eidgenössische Volkszählung.

Gesetzes-
revision
1988

Anlass der Gesetzesrevision 1988 war das Begehren um Vorverschiebung der Volkszählung um ein Jahr, da die Vorbereitungsarbeiten verdeutlicht hatten, dass das Volkszählungsgesetz nicht mehr auf die veränderten Fristen für die Vorbereitung der Nationalratswahlen abgestimmt ist. Mit dem Stichtag 4. Dezember 1990 können die Ergebnisse nicht rechtzeitig für die Vorbereitung der Nationalratswahlen 1991 bereitgestellt werden.

Parlaments-
sitze

Periodi-
zität

Während in der Nationalratsdebatte vom März 1988 die Gesetzesrevision angenommen wurde, verwarf der Ständerat im Juni 1988 den Antrag um Abkehr vom 10-Jahres-Rhythmus. Die Differenzbereinigung und Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte im Juni 1988 ergaben einen Verzicht auf Aenderung der Periodizität aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit. Hingegen wurden die neuen Daten- und Persönlichkeitsschutzbestimmungen, die Auskunftspflicht und Strafbestimmungen in das revidierte Bundesgesetz aufgenommen.

1.6. **Seit wann gibt es in der Schweiz Volkszählungen?**

Geschichte

Regelmässig seit 1850; auf Grund der heutigen Gesetzgebung seit 1860. Gesamtschweizerische Zählungen der Einwohner gab es allerdings schon 1798 und 1836/38. 1990 wird die 14. Zählung seit 1850 sein.

Zusatzinformation:

Die ersten lokalen Volkszählungen hatten 1634 und 1671 im Kanton Zürich, 1667 in Appenzell-Ausserrhoden (die sogenannte Seelenaufnahme) und 1692 im Kanton Solothurn stattgefunden.

	1.7. Seit wann gibt es Wohnungszählungen?	Notizen
<u>Wohnungs- zählung</u>	<p>1960 wurde erstmals eine <u>Wohnungszählung</u> auf dem ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft durchgeführt. Sie erstreckte sich auf die durch private Haushalte bewohnten Wohnungen. Die Wohnungszählungen von 1970 und 1980 erfassten auch alle Zweit- und Leerwohnungen.</p> <p><u>Zusatzinformation:</u></p> <p>Zwar war schon bei früheren Volkszählungen (1860, 1870, 1880) nach den bewohnten bzw. bewohnbaren Räumen gefragt worden, doch waren die Befragungen ungenau und nicht einheitlich.</p> <p>Die nächsten Wohnungserhebungen fanden 1920 und 1950 zusammen mit den Volkszählungen statt, erstreckten sich jedoch nur auf Gemeinden mit 5'000 und mehr Einwohnern, auf die Vororte der Städte und auf Gemeinden, die von den Kantonen bestimmt worden waren (1920 in 652 Gemeinden mit rund 60 %, 1950 in 925 Gemeinden mit rund 70 % der Gesamtbevölkerung). In den übrigen Gemeinden wurde 1950 lediglich die Zahl der bewohnten Wohnungen festgestellt.</p>	<u>Patentver- fahren</u>
1.8. <u>Gebäude- zählung</u>	<p>Seit wann gibt es Gebäudezählungen?</p> <p>Seit 1970. Sie erfassen alle Gebäude, die einem Wohnzweck dienen. Der Bestand an bewohnten Gebäuden ist indessen schon seit 1860 bei jeder Volkszählung festgestellt worden.</p> <p><u>Zusatzinformation:</u></p> <p>Vergleiche Frage 1.7.</p>	<u>Wasser</u>

1.9. **Wozu dient die Volkszählung, und wem nützt sie?**

Datenver-
knüpfung

Die Volkszählung mit der integrierten Gebäude- und Wohnungserhebung liefert verschiedene Daten, die, würden sie einzeln erhoben, in ihrer Aussage nicht verknüpft werden könnten.

Nutzen

Zusammen mit der Erhebung der geographischen Lage (Koordinaten) der Wohngebäude werden z.B. die Voraussetzungen geschaffen, alle Daten der Volkszählung - unabhängig von administrativ-politischen Einheiten - nach rein geographischen Kriterien auszuweisen. Dies ist u.a. für die Raumplanung, die Bereitstellung von Wohnraum sowie die Energie- und Umweltpolitik auf Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischer Ebene von zentraler Bedeutung.

Nur die Volkszählung ist also in der Lage, wichtige statistische Grundlagen für Planung, Entscheidung und Massnahmen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung (z.B. Öffentlicher Verkehr, Renten, Schulen) sowie für die Forschung und Wissenschaft bereitzustellen. Sie dient somit der Bewältigung aktueller und künftiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Schliesslich ist sie eine Quelle für die Geschichtsforschung. Insofern nützt sie uns allen.

Zusatzinformation:

Ohne die Volkszählung wären zahlreiche Stichprobenbefragungen undenkbar, denn sie liefert die für die Stichprobenbildung und Hochrechnung erforderlichen Grundgesamtheiten. Nutzer in diesem Sinne sind z.B. Universitätsinstitute, Dienststellen, private Markt- und Meinungsforschungsbüros, aber auch das Bundesamt für Statistik mit seinen jährlichen thematischen Mikrozensen.

Die Daten der Volkszählung sind unter anderem in folgenden Bereichen verwendet worden:

Politik:

- Verteilung der Nationalratssitze auf die Kantone und teilweise auch die Sitzverteilung in kantonalen Parlamenten auf die einzelnen Wahlkreise auf Grund der Volkszählungsergebnisse.

Finanzplanung:

- Erstellen einer neuen Steuerskala im Kanton Waadt auf Grund der Volkszählungsdaten über verheiratete und unverheiratete Paare, die Familien mit nur einem Elternteil und die Kinderzahl.

Gesellschaft/Sozialplanung:

Notizen

- Welche Bevölkerung hat der Kanton Zürich im Jahre 2010? Für diese Prognose werden u.a. folgende Volkszählungsdaten verwendet: Einwohner nach Altersklassen, Privathaushaltungen nach Haushaltgrösse, Wohnort vor fünf Jahren, Anzahl Ledige, Verheiratete, Geschiedene und Verwitwete. Für die Arbeitsplatzperspektive 2000 sind auch die Erwerbstätigen nach der Zahl ihrer wöchentlichen Arbeitsstunden einzubeziehen.
- Die regionale Altersstruktur, wie sie die Volkszählung ausweist, findet Eingang in Vorausschätzungen des St.Galler Zentrums für Zukunftsforschung, welche für die Alters- und Pflegeheimplanung im Kanton Thurgau erstellt werden.
- Das Bundesamt für Wohnungswesen hat regionalisierte Perspektiven des Wohnungsbedarfs 1995 erarbeitet, als Grundlage zur Baugebietsabgrenzung und damit zur Freihaltung von Landwirtschaft und Grünflächen. Verwendete Daten: Einwohner, Haushalte, Wohnungen.
- Insbesondere demographische Daten aus der Volkszählung verwendet der Kanton Zürich für seine Krankenheimplanung, die Krankenhausbedarfsplanung sowie die Kinder- und Jugendheimplanung.
- Die Schulstatistik und Einwohnerentwicklung (u.a. mit Hilfe der Volkszählung) zu verfolgen, ermöglichte der Stadt Basel, in den letzten Jahren einige Schulhäuser einzusparen.
- Regionale Wohnungsbedarfsprognosen im Tessin auf Basis der Daten über Einwohner, Haushalte und (Zweit-)Wohnungen dienen der Gestaltung des Subventionswesens bei Wohnungen für Leute mit niedrigen Einkommen sowie als Grundlage für Massnahmen zur Eindämmung des Zweitwohnungsbaus.
- Verwendung in der Risikoversicherung, SUVA Luzern: Analyse der Krebssterblichkeit nach Berufen. Als Referenzmaterial dient die Berufsstatistik der Volkszählung.
- Die Römisch-katholische Zentralkonferenz der Schweiz, die Schweizerische Bischofskonferenz und der Evangelisch-reformierte Kirchenbund der Schweiz benötigen für ihre Tätigkeit detaillierte Angaben zur Konfessionszugehörigkeit, wie sie die Volkszählung bereitstellt.

Raum-, Richt-, Orts-, Quartierplanung:

- Eine Studie über die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Region Biel-Seeland dient u.a. der Sicherung angemessener Reserven von Industrie- und Gewerbeland. Sie verwendet Daten über Einwohner, Arbeitsstätten und Beschäftigte.
- Strukturdaten der Volkszählung, teilweise kleinräumig ausgewertet, wurden im Kanton Luzern für die Richtplanarbeiten (kantonaler Richtplan 1986, regionale bis 1988) beigezogen. Sie lieferten dabei Entscheidungsgrundlagen für die Abgrenzung von Siedlungs-, Industrie- und Gewerbezonon oder für Planung und Dimensionierung von Bauten und Anlagen im öffentlichen Sektor.
- Für den Nachweis des Bedarfs nach neuen Gastgewerbebetrieben und Spiellokalen stützt sich der Kanton Thurgau auf Volkszählungsergebnisse. Vergleiche Frage 1.23.
- Für die Revision der Entwicklungsziele und als Basis für die Richtpläne verwendete der Kanton Uri die Ergebnisse dreier Volkszählungen, weil sie auch für kleine Gebiete wie Quartiere verfügbar waren.
- Die Kenntnis der Mietpreisstruktur nach Wohnungsgrösse und Bauperiode pro Quartier, wie sie die Volkszählung bietet, wird in der Stadt Bern unter anderem verwendet: für Kosten/Nutzen-Abklärungen, ob Gebäude saniert, renoviert, abgebrochen oder neu gebaut werden sollten.
- Ortsplanungen: Verwendung kleinräumlicher Daten (pro Quartier, pro Zählkreis, pro Hektare) durch Stadtplanungsämter und durch private Planungsbüros im Auftrag der betreffenden Gemeinden.

Öffentliche Infrastrukturplanung:

- Längerfristige Planungsstudien (z.B. für das Gebiet um den SBB-Bahnhof Basel) sind kaum denkbar ohne Volkszählungs-Pendlerdaten: Wohn- und Arbeitsort, Verkehrsmittelwahl. Hier spielen auch sämtliche Prognosen der regionalen Entwicklung hinein.
- Eine der Grundlagen des 1988 in Auftrag gegebenen Gesamtverkehrsmodells des Kantons Luzern stellt - neben der Motorfahrzeugstatistik - das Datenmaterial aus der Volkszählung dar: Einwohner, Haushaltungen, Arbeitsplätze nach Sektoren, jeweils in präzisierten Gebieten. Solch ein Modell liefert Grundlagen für die verschiedensten verkehrsplanerischen Fragestellungen.

Notizen

- Die Verkehrsplanung in Region und Kanton Bern liess eine kleinräumige Spezialauswertung der Pendlerdaten aus der Volkszählung 1980 vornehmen, um damit ein Verkehrsmodell zu berechnen. Dieses dient u.a. dazu, in den Aussenquartieren der Stadt Bern neue Buslinien zu planen, oder auch dazu, Ortsbusbetriebe in Belp, Bärswil und der Region Längenberg zu evaluieren.
- Die Zürcher S-Bahn-Planung stellte wesentlich auf die Volkszählungs-Pendlerdaten ab: Arbeits- und Schulpendinger nach aufgewendeter Fahrzeit und nach Verkehrsmittel.

Umwelt:

- In Basel werden beim Vollzug der Luftreinhalteverordnung und der Lärmverordnung gemäss Umweltschutzgesetz auch Volkszählungsdaten verwendet. Dies betrifft vor allem Wohn- und Arbeitsort sowie Verkehrsmittel der Pendler, Daten, die besonders bei der Erarbeitung von Emissionskataster und Lärmempfindlichkeitsplan zu beachten sind.
- Energiepolitik: Studien über den Wärmeverbrauch des Wohnsektors anhand von Daten der Wohnungs- und Gebäudezählung 1980 dienen als Beurteilungsgrundlage von Energieszenarien, zur Erkennung von Belastungsgebieten, wo Massnahmen gemäss Luftreinhalteverordnung vorzusehen sind. Der Vollzug von Umweltschutzgesetz und Luftreinhalteverordnung (Erstellen eines Emissions- und Immissionskatasters) muss sich auf Daten des Energiebereichs abstützen können, die für das ganze Land erhoben wurden. Diese Daten liefert die Wohnungs- und Gebäudezählung.
- Das Energiekonzept der Stadt Bern verfolgt unter anderem den optimalen Einsatz aller Energieträger, eine Stabilisierung des Verbrauchs und eine Reduktion der Immissionen. Als Daten wurden unter anderem eingegeben: Einwohner, Haushalte, Wohnungen, Pendler, Erwerbstätige und Beschäftigte.

Privatwirtschaft:

- Marketingplanung, Potentialanalysen, Standortwahl für neue Betriebe (inkl. Studium der Umweltbelastung durch den Verkehr) durch Datenbezüge aus der Privatwirtschaft: Allgemeine Strukturdaten wie Pendlerdaten werden regelmässig verwendet.
- Eröffnung einer Praxis: Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte beziehen oft Daten aus der Volkszählung für eine bestimmte Region.

- Planung und Ueberprüfung von Filialnetzen, Vertreterkreisen: Beachtet werden quartierweise Strukturdaten, Anwender sind z.B. Banken, Versicherungen, Detailhandelsketten, Wirtschaftsberatungsunternehmen.
- Arbeitshilfen für Berufsberater: Handbücher des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung über Strukturmerkmale und Mobilität von 106 Ausbildungsberufen und 158 ausgeübten Berufen sind aufgrund von Volkszählungsergebnissen 1980 entstanden.
- Risikoanalyse: Aufgrund von Volkszählungs- sowie Betriebsdaten wurde in einer Basler Studie das Risikopotential von Betrieben eingeschätzt.

1.10. **Warum ist die Volkszählung nicht freiwillig?**

Freiwillig/ Pflicht

Bei einer Volkszählung geht es weder um eine Meinungsumfrage noch um eine Abstimmung, bei der man auf die eingegangenen Stimmen abstellen kann. Es geht vielmehr um die periodische und vergleichbare Bestandsaufnahme in allen Gemeinden, so dass logischerweise alle Personen mitmachen müssen, auch solche, die weder an der Erhebung noch an ihren Ergebnissen interessiert sind. Die Vollständigkeit im Interesse der Allgemeinheit geht hier den persönlichen Neigungen vor.

Zusatzinformation:

Ausland- vergleich

Die Schweizer Volkszählung bildet keineswegs eine Ausnahme. In den Jahren um 1990 findet in über 130 Ländern eine Volkszählung statt. Es gibt kaum ein Land, das nicht auf irgendeine Art eine Gesamterhebung seiner Bevölkerung durchführt. In fast allen Ländern besteht dabei die Pflicht des Bürgers zur Auskunft. Einzig in der Sowjetunion gilt die Teilnahme an der Volkszählung rechtlich als freiwillig. Sie ist jedoch faktisch staatsbürgerliche Pflicht, der sich niemand entziehen kann.

		Notizen
	<p>1.11. Warum muss jede einzelne Person befragt werden?</p> <p>Von der eidgenössischen Volkszählung wird erwartet, dass sie Bestandeszahlen detailliert gliedert nach zahlreichen Merkmalen und erst noch für kleine Gebietseinheiten wie Gemeinden liefert; deshalb ist die Befragung jeder einzelnen Person notwendig. <u>Eine Stichprobenbefragung wäre ungenügend</u>, da sie allenfalls repräsentative Daten für die Gesamtschweiz und evtl. die Kantone, aber nicht für Gemeinden liefern könnte.</p> <p>Letzteres ist jedoch unabdingbar für die lokale und kantonale Politik. Eine Vollerhebung wie die Volkszählung hat deshalb eine besondere Bedeutung für den Föderalismus unseres Landes.</p> <p><u>Zusatzinformation:</u></p> <p>Stichprobenerhebungen wie der Mikrozensus des Bundesamtes für Statistik zu einem bestimmten Thema sind sogar nur dank der Volkszählung möglich. Sie liefert die dazu erforderlichen Grundgesamtheiten und erlaubt Hochrechnungen für die gesamte Bevölkerung bzw. alle Wohnungen oder Wohngebäude.</p> <p>Vergleiche Zusatzinformation zu Frage 1.9.</p>	
Stichprobe		
	<p>1.12. Warum gibt es keinen Familien- oder Haushaltfragebogen?</p> <p>Probezählungen mit einem Haushaltfragebogen haben ergeben, dass die Erfassung und Auswertung mit den heutigen technischen Hilfsmitteln viel zu kompliziert und die Fehlerquellen entsprechend hoch sind.</p> <p>Weil sich zudem die Struktur der Haushaltungen in den letzten Jahren stark verändert hat, d.h. weil Haushaltungen mit mehreren Personen einen immer kleineren Anteil haben, und aufgrund der guten Erfahrungen ist das Bundesamt zum Schluss gekommen, dass ein separater Fragebogen pro Person nach wie vor zumutbar ist.</p>	
Einzel- fassung		

1.13. **Warum eine persönliche Befragung?**

Persönliche Befragung Die bestehenden Personenregister von Gemeinden und Kantonen sind gesamthaft gesehen kein Ersatz für die persönliche Befragung der zu zählenden Personen. Sowohl aus praktischen wie aus juristischen Gründen gibt es keine Alternative, da eine Verknüpfung dieser Daten unstatthaft wäre. Ein gesamtschweizerisches Einwohnerregister gibt es nur für Ausländer/innen.

Ausländer

Zusatzinformation:

Einwohnerregister Die Register der Gemeinden sind, was den Inhalt und die Organisation angeht, sehr unterschiedlich aufgebaut; auch in den mit EDV arbeitenden Gemeinden finden sich, entsprechend den Bedürfnissen der Gemeinden, viele verschiedene Lösungen. Eine Datenerhebung auf diesem Wege, die mit der Volkszählung 1990 vergleichbar wäre, stellt ein zurzeit praktisch nicht lösbares Problem dar. Dazu kommt der Umstand, dass eine Reihe von Angaben, welche die Volks- und besonders die Gebäude- und Wohnungserhebung zu erfragen haben, in diesen Registern nicht enthalten ist.

Einwohnerkontrolle

Ueberdies bestehen rechtliche Hindernisse, welche die Benützung von bestehenden Registern nicht erlauben: Die Einwohnerkontrolle ist eine Angelegenheit der Kantone; der Bund hat hierzu nichts zu sagen. Das Zusammentragen von Daten aus verschiedenen Registern, z.B. Einwohnerregister verbunden mit Steuerregister, ist meist nicht statthaft und wird auch nicht angestrebt.

Auslandvergleich Registerzählung

Vereinzelte Länder wie Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark führen Volkszählungen als Registerzählungen durch. Mit Ausnahme von Dänemark sind die Volkszählungen auch in diesen Ländern noch mit einer traditionellen Befragung durch Fragebogen verbunden. Die Beispiele dieser

Zentrales Personenregister

Länder zeigen, dass eine funktionierende Registerzählung auf dem Vorhandensein eines zentralen Personenregisters fusst, mit allen damit verbundenen politischen und datenschutzrechtlichen Problemen und Konsequenzen.

Das Bundesamt hat den Auftrag, die Möglichkeiten der Auswertung von Registerdaten bei künftigen Zählungen abzuklären. Dabei sind insbesondere die Bedingungen zur Auftragserfüllung in rechtlicher, praktischer und föderalistischer Sicht zu definieren.

1.14. Warum kann die Volkszählung nicht anonym durchgeführt werden?

Anonymität

Die Personenbezeichnungen (Name, Vorname) dienen der Vollständigkeitskontrolle und der Bestimmung von Erhebungsmerkmalen durch die Gemeinde und das Bundesamt für Statistik. Sie sind nicht Ziel der Erhebung. Sobald die Bereinigung der Fragebogen abgeschlossen ist, müssen die Daten anonymisiert werden. Sie dürfen nur ohne Personenbezeichnungen weitergegeben werden.

Vernichtung der Fragebogen

Personenbezeichnungen dürfen nicht gespeichert werden. Sie sind zu vernichten, sobald die Bereinigung der Merkmale abgeschlossen ist.

Zusatzinformation:

Die Volkszählung unterscheidet zwischen

- a) Erhebungsmerkmalen (vgl. 2.13.)
- b) Hilfsmerkmalen und
- c) Personenbezeichnungen (s. oben).

Auch die Hilfsmerkmale dienen der Vollständigkeitskontrolle der Zählung sowie der Bestimmung von Erhebungsmerkmalen. Sie dürfen zu diesem Zweck vorübergehend gespeichert, aber weder weitergegeben noch sonstwie verwendet werden. Nach der Bestimmung der Erhebungsmerkmale müssen sie gelöscht werden.

Als Hilfsmerkmale gelten

- bei der Personenerhebung:
Adresse des Wohnortes oder der Wohnorte
Name und Adresse der Arbeitsstätte bzw. der Schule
- bei der Gebäude- und Wohnungserhebung:
die Adresse des Eigentümers und der Verwaltung.

1.15. Sind die aktuellen Fragen überhaupt noch vergleichbar mit früheren Erhebungen?

Fragenwahl

Ja, der grösste Teil der Fragen deckt sich mit früheren Erhebungen. Die Zusammenstellung der aktuellen Fragen ist ein Kompromiss zwischen dem absoluten Minimum einer sinnvollen Befragung im Hinblick auf die Belastung der Bevölkerung und dem Wunsch verschiedener Statistikbenutzer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Regierung. Für die Zählung von 1990 ist erstmals ein amtliches Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden; aber auch die früheren Erhebungen wurden in Zusammenarbeit mit betroffenen Stellen erarbeitet.

1.16. **Sind die neuen Ergebnisse mit den alten vergleichbar?**

Vergleich-
barkeit

Die Vergleichbarkeit ist grundsätzlich gewährleistet. Zum einen durch den langfristig gleichbleibenden Inhalt des Hauptfragenteils, zum andern durch die Periodizität der Erhebung, d.h. den 10-Jahres-Rhythmus und die Festlegung des Erhebungsmonates Dezember.

Zusatzinformation:

Eine neue Zählung ist aber immer auch den aktuellen Bedürfnissen angepasst. Sie soll neuen Entwicklungen Rechnung tragen und Werte erfassen, welche der aktuellen Auffassung entsprechen. Aus diesem Grunde werden jeweils auch die Fragen und Begriffe angepasst, z.B. Berufe, Wirtschaftszweige. Einzelne Ergebnisse sind daher nicht immer direkt mit früheren Ergebnissen vergleichbar.

1.17. **Worin unterscheidet sich der aktuelle Personenfragebogen vom Fragebogen 1980?**

Personen-
erhebung
Fragebo-
gen

1980 war ein 24teiliger Personenfragebogen auszufüllen. Der Fragebogen 1990 ist erheblich kürzer und konzentriert sich auf die wesentlichen Bedürfnisse der Benutzer und die wichtigsten Verwendungszwecke. Die Fragebogen wurden vereinfacht und besser gestaltet, so dass sich die Befragten leicht und rasch zurechtfinden können.

Persön-
lichkeits-
sphäre

Auf Fragen, welche die Persönlichkeitssphäre verletzen könnten, wird verzichtet (z.B. Einkommen). Vorgesehen sind auch ein verschliessbarer Haushaltumschlag sowie eine illustrierte Informationsbroschüre.

Zusatzinformation:

Vergleiche Frage 1.19.

1.18. **Worin unterscheidet sich der aktuelle Gebäude- und Wohnungsfragebogen vom Fragebogen 1980?**

Gebäude-/
Wohnungs-
erhebung

Der Fragebogen ist neu gestaltet und dadurch handlicher und leichter verständlich geworden. Einige Fragen sind weggefallen.

Zusatzinformation:

Die Gebäude- und Wohnungserhebung ist zusammen mit den entsprechenden schweizerischen Fachverbänden vorbereitet worden.
Vergleiche Frage 1.19.

- 1.19. **Warum wird an den für einmal bestimmten Fragen nicht über Jahrzehnte festgehalten? Wäre dies nicht weniger aufwendig?**

Notizen

Fragen

Die Bedeutung oder zumindest die Ansicht über die Wichtigkeit der aus einer Frage hervorgehenden Antworten ändert sich, entsprechend den Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Fragebogen

Bis 1980 wurde der Fragebogen ständig ausgebaut. Aus Gründen der Zumutbarkeit für die Befragten wurden nun die Fragebogen gekürzt und die Fragestellung nutzerorientiert vereinfacht, allerdings unter Beachtung einer langfristigen Vergleichbarkeit. Gleichbleibende Fragebogen würden ferner kaum Kosteneinsparungen bringen.

Auch wenn die technischen Verfahren und Einrichtungen beibehalten werden könnten, würden vor allem steigende Unterhaltskosten von alternden Systemen im Soft- und Hardwarebereich die Einsparungen aufheben. Das gleiche gilt für die Entwicklung der Drucktechnik und Büroarbeit im administrativen Ablauf der Erhebung.

Zusatzinformation:

Die Festlegung des Fragenkatalogs ist bei jeder Zählung ein Kompromiss zwischen Anpassung an die neuen Verhältnisse und Sicherstellung der Vergleichbarkeit mit früheren Zählungen.

- 1.20. **Warum wird der Fragebogen nicht nach der Häufigkeit der Anfragen formuliert?**

Benützer

Die Häufigkeit der Anfragen ist kein Kriterium, denn viele Benützer, welche in den veröffentlichten Ergebnissen finden, was sie suchen, richten gar nicht erst eine Anfrage an das Bundesamt für Statistik. Andererseits suchen die Anfrager oft Informationen, die mit einer Volkszählung kaum gewonnen werden können. Dies trifft vor allem für die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse (z.B. Einkommen) der Haushaltungen zu.

Auskünfte

Das bekundete Interesse und die Wichtigkeit der Anfragen werden bei der Festlegung des Fragenkatalogs berücksichtigt.

Zusatzinformation:

Vergleiche Frage 1.15.

1.21. **Warum wird nach der Konfession gefragt?**

Konfession

Die Konfessionsangaben aus der Volkszählung werden von kantonalen Verwaltungen bzw. Kirchenbehörden benötigt. Es geht dabei u.a. um die Wahl von Pfarrern, die Mandatsverteilung in Synodalaräten, die Planung von weiteren Stellen und Neubauten sowie die Zuwendungen an die Kirchen.

Es handelt sich also nicht um eine Glaubensfrage, sondern um die Erhebung der Zugehörigkeit zu einer Kirche oder Religionsgemeinschaft.

Zusatzinformation:

Die Volkszählung ist die einzige Quelle, die Daten über die Konfession liefert. Die Konfessionszugehörigkeit ist ein Element unserer Kultur wie etwa die Muttersprache.

1.22. **Warum muss ich zwei Fragebogen ausfüllen, wenn ich mehr als einen regelmässigen Wohnort habe?**

Wohnort

Damit bestimmt werden kann, wo eine Person mit mehreren Wohnorten als zugehörig zu zählen ist. Ausserdem sind verschiedene Kantone daran interessiert, die Bevölkerung sowohl nach wirtschaftlichem wie auch nach zivilrechtlichem Wohnsitz zu kennen.

Fragebogen

Aus Gründen der Vergleichbarkeit und um sicher zu sein, dass die Volkszählung genau durchgeführt werden kann, müssen Personen, die sich in einer solchen Situation befinden, sowohl am Aufenthaltsort wie auch am Wohnort einen Fragebogen ausfüllen. Sie können dies selbst tun oder durch ihre Angehörigen, evtl. die Gemeindebehörden, erledigen lassen.

Bei Besuchen, Ferien, Geschäftsreisen, Militärdienst, Spitalaufenthalt u.ä. von weniger als sechs Monaten Dauer wird kein zweiter Fragebogen verlangt.

Zusatzinformation:

Vergleiche Frage 1.23.

1.23.	Welcher Wohnort ist für die Volkszählung massgebend?	<u>Notizen</u>
<u>Wohnsitz</u>	<p>Die Volkszählung arbeitet mit dem Begriff des wirtschaftlichen Wohnsitzes. D.h. sie rechnet nicht automatisch jede Person dort zur Wohnbevölkerung, wo sie ihren zivilrechtlichen Wohnsitz hat, wo z.B. die Steuern bezahlt werden müssen.</p> <p>Für die Volkszählung von Bedeutung sind insbesondere Angaben über die Nutzung von Infrastrukturen. Sie dienen später z.B. der Verkehrs- und Raumplanung auf kantonaler und kommunaler Ebene. Aus diesem Grunde werden z.B. Wochenaufenthalter dort zur Bevölkerung gezählt, von wo aus sie zur Arbeit oder zur Schule gehen, dort also, wo sie die lokale und regionale Infrastruktur regelmässig beanspruchen.</p> <p><u>Zusatzinformation:</u></p>	
<u>Insassen von Heimen Wohnsitz</u>	<p>Insassen und Pensionäre von Internatsschulen, Altersheimen, Pflegeheimen, Klöstern u.a. werden, unabhängig vom zivilrechtlichen Wohnsitz, in jedem Falle als Einwohner der Gemeinde betrachtet, in der die Schule, das Heim oder das Kloster liegt.</p> <p>Schliesslich werden Personen, die seit mehr als sechs Monaten von zuhause abwesend sind, z.B. im Spital liegen, zur Wohnbevölkerung der Gemeinde gerechnet, in der sie sich aufhalten (Aufenthaltort).</p>	
1.24.	Warum will man wissen, bei wem man arbeitet?	
<u>Arbeitsstätte</u>	<p>Um den Wirtschaftszweig, in dem eine Person tätig ist, fehlerfrei feststellen zu können. Mit Hilfe von Name und Adresse der <u>Arbeitsstätte</u> kann die Branche dem Betriebs- und Unternehmensregister des Bundesamtes für Statistik entnommen werden. Allen an der gleichen Arbeitsstätte tätigen Personen wird so der gleiche Code zugeteilt; das verspricht ein besseres Ergebnis, als wenn jeder Erwerbstätige selbst den Wirtschaftszweig nennen muss, den er vielleicht nicht genau kennt.</p>	
<u>Arbeitgeber</u>		

1.25. **Gilt für die vorverlegte Gebäudeerhebung ein anderer Stichtag als für die Personenerhebung?**

Stichtag Nein. Stichtag für die Gebäudeerhebung mit der integrierten Wohnungserhebung ist ebenfalls der 4. Dezember 1990. Die vorverlegte Gebäudeerhebung ermöglicht es lediglich, dass die Gemeinden aus Zeitgründen Eigentümern bzw. Immobilienverwaltungen von mehreren Liegenschaften die Erhebungsunterlagen vorzeitig zustellen und ihnen damit genügend Zeit für das Ausfüllen geben.

1.26. **Warum werden nur Gebäude mit Wohnungen erhoben?**

Nicht erhobene Gebäude Die Gebäudeerhebung soll durch die Verknüpfung mit der Personenerhebung vor allem darüber Auskunft geben, wie die Leute wohnen. Deshalb die Beschränkung auf Gebäude, die Wohnzwecken dienen.

Zusatzinformation:

Eine Zählung aller Gebäude (z.B. Geschäftshäuser, Hallenbäder, Lagerhäuser) käme zwar verschiedenen Bedürfnissen entgegen, würde jedoch der Gebäudeerhebung ein Ausmass geben, das weit über ihren bisherigen Zweck ginge. Eine solche Zählung könnte nicht mehr Teil der Volkszählung sein.

1.27. **Warum wird nach dem Mietpreis und der Fläche der Wohnung gefragt?**

Wohnfläche Mit diesen Angaben sollen Aufschlüsse gewonnen werden über den Bestand, die räumliche Verteilung und die Struktur der Wohnungen und die einem Wohnzweck dienenden Gebäude sowie über die Wohnverhältnisse der Bevölkerung.

1.28. **Wie werden die Gebäudekoordinaten in der Auswertung verwendet?**

Gebäudekoordinaten Die Gemeinden liefern dem Bundesamt für Statistik die Koordinaten der Gebäude oder stellen die Angaben zusammen (Pläne), die ihm die Bestimmung der Koordinaten erlauben. Das Bundesamt unterstützt die Gemeinden in dieser Aufgabe und trägt die entsprechenden Kosten.

Datenverknüpfung Diese Grundarbeiten sind nötig, weil einzig die Volkszählung durch die Verknüpfung der Personen- und der Gebäudeerhebung eine raumbezogene Auswertung erlaubt, und zwar unabhängig von administrativ-politischen Einheiten. Dies ist u.a. für die Raumplanung, die Bereitstellung von Wohnraum sowie für die Energie- und Umweltpolitik auf Gemeinde-, Kantons- und eidgenössischer Ebene von zentraler Bedeutung.
Vergleiche Frage 1.9.

1.29. Wann liegen die Ergebnisse der Volkszählung vor?

Notizen

Ergebnisse Die definitiven Zahlen der Wohnbevölkerung werden per Ende 1991, die ersten Strukturdaten über Personen, Wohnungen und Gebäude ab Mai 1992, weitere Ergebnisse von November 1992 an erwartet.

1.30. Warum dauert es trotz Einsatz von Computern so lange, bis die Ergebnisse bekannt werden?

Auswertung Ergebnisse Bevor die Auswertung mittels Computer erfolgen kann, sind von den Gemeinden und dem Bundesamt für Statistik zahlreiche Vorarbeiten zu leisten, die ein Computer nicht ausführen kann.
Zum Beispiel:

Bei der Gemeinde:

Kontrollen Durchführen von Vollständigkeitskontrollen und Rückfragen (die bei grossen Städten bis zu vier Monaten dauern können).

Beim Bundesamt:

Sammeln der Erhebungspapiere, Eingangskontrolle und Einordnung der Formulare (total ca. 70 Tonnen). Kontrolle der Antworten auf Vollständigkeit und teilweise Codierung.

Erfassen und Bereinigen der Angaben von rund 6,8 Mio Personen, 3,0 Mio Wohnungen und 1,3 Mio Gebäuden.

Durchführung von Tests, um Widersprüche eruieren (Plausibilitätstests) und berichtigen zu können.

Erst am Schluss können die Tabellen hergestellt werden.

Vergleiche Grafik "Datenverarbeitung".

Durch auskunftspflichtige Personen ausgefüllte Bogen

in offenen Umschlägen

in verschlossenen Umschlägen

Zähler/innen

Erste Überprüfung

Keine Überprüfung

Gemeindebehörden

Überprüfung auf Vollständigkeit. Wenn nötig: Rückgriff auf Register, sofern Angaben dort verfügbar, sonst Rückfrage beim Auskunftspflichtigen

Aufarbeitungsstellen des Bundesamtes für Statistik

Sichtung, Überprüfung auf Vollständigkeit. Gebäudeweises Herstellen des Zusammenhangs von Wohnungen und Haushaltungen

Gebäudefragebogen

Vorbereiten der Gebäudefragebogen zur Erfassung

Erfassung durch Datatypie auf Magnet-Datenträger (ohne Namen und Adressen)

Plausibilitäts- und Fehlertests, Behebung von Unstimmigkeiten

Maschinelles Überprüfen des Zusammenhangs von Wohnungen und Haushaltungen

Definitive Gebäude- und Wohnungsrecords auf magnetischem Datenträger

Personenfragebogen

Vorbereiten der Personenfragebogen zur Erfassung

Elektronische Erfassung der Seiten 1 und 4 durch Scanner ergibt Abbild des Originals

Umsetzen der Angaben (ohne Namen und Adressen) in EDV-mässig verwertbare Aufzeichnungen, Online-Eingabe und computerunterstützte Kodierung von Texten (Heimatstaat, Beruf, etc.)

Einfache Plausibilitäts- und Fehlertests, Behebung von Unstimmigkeiten

Wohnsitzabgleich von Personen mit mehr als einem Wohnort (d.h. mit mehr als einem Fragebogen)

Übernahme von Codes aus dem Betriebs- und Unternehmensregister (Wirtschaftszweig, Arbeitsort)

Elektronische Erfassung der Seiten 2 und 3 durch Scanner ergibt Abbild des Originals

Umsetzen von Angaben in EDV-mässig verwertbare Aufzeichnungen, Online-Eingabe und computerunterstützte Kodierung von Texten (Ausbildung, etc.)

Restkodierung der in den vorangegangenen Phasen nicht erledigten Fälle

Verknüpfung der vier Seiten des Fragebogens mit Hilfe der Fragebogennummer

Vollständige Plausibilitäts- und Fehlertests, Behebung von Unstimmigkeiten

Bildung von Haushaltungen, Plausibilitäts- und Fehlertests, Behebung von Unstimmigkeiten

Definitive Personen- und Haushaltrecords auf magnetischem Datenträger

Vernichtung der Originalfragebogen und der elektronischen Abbilder

1.31. Was für Daten werden zur Verfügung gestellt?

Notizen

Daten

Das Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung schreibt klar vor (Art. 3a):

- "¹ Die Daten aus der Volkszählung dürfen nur für nicht personenbezogene Zwecke verwendet werden."
- "² Sobald die Bereinigung abgeschlossen ist, sind die Daten zu anonymisieren. Sie dürfen nur ohne Personenbezeichnungen und nur für Zwecke der Statistik, der Forschung und der Planung weitergegeben werden."
- "³ Personenbezeichnungen dürfen nicht gespeichert werden und sind zu vernichten, sobald die Bereinigung der Merkmale abgeschlossen ist."
- "⁴ Die Ergebnisse der Datenbearbeitung dürfen nur so veröffentlicht werden, dass die betroffenen Personen nicht bestimmbar sind."

Zusatzinformation:

Vernichtung der Fragebogen

Das Bundesamt vernichtet die Erhebungspapiere, sobald die Erfassung und Kontrolle der Daten abgeschlossen sind (Verordnung Art. 25).
Vergleiche Grafik "Der Weg der Daten"

1 Ausgefüllte Fragebogen aus der Personen-, Gebäude- und Wohnungserhebung

2 Aufarbeiten, Erfassen und Bereinigen der Daten

dabei: Beseitigung von Namen und Adressen

3 Die Daten liegen nun als anonyme Einzeldaten vor

4

Vernichtung
der Fragebogen

5 Auswertung der anonymen Einzeldaten im Bundesamt für Statistik

6

Publikationen:

- Allgemeinverständliche Übersicht über die Ergebnisse
- Tabellenbände zu Gemeindeergebnissen und zu einzelnen Themen wie Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Beruf, Haushaltungen usw.
- Bände mit Analysen und Kommentaren zu den Tabellen

7

Bereitstellung
von nicht
publizierten
Tabellen für
Auskünfte

8

Sonder-
auswertungen
auf Anfrage

9

Abgabe auf:

- Papier
- elektronische Datenträger

10

Abgabe
von anonymen
Einzeldaten
mit gleichzeitigem
Abschluss von
Datenschutz-
verträgen
an

- regionale
statistische
Dienste
- Forschungs-
stellen
für eigene
statistische
Arbeiten

11

Verwendung der Daten

- durch Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Verbände, Schulen, Medien
- als unentbehrliche Grundlagen für Planung und Entscheidung und zur Information der Öffentlichkeit
- in zahlreichen Lebensbereichen wie z. B. öffentlicher und privater Verkehr, Bildungspolitik, Wohnungsbau, Energiepolitik, AHV, Sprachpolitik

1.32. **In welcher Form werden die Daten zur Verfügung gestellt?**

Daten/
Auskünfte/

Das Bundesamt für Statistik bereitet die Daten wie folgt auf:

Publika-
tionen

- Publikationen zu allen erhobenen Angaben auf den Stufen Schweiz, Kanton, städtisch/ländlich, Gemeinde.
- Datenbank STATINF: Abrufen von Informationen auf der Stufe Gemeinde mit Gemeindegruppierung möglich
- Auskunft auf schriftliche Anfragen
- Telefonische Auskunft
- Detaillierte Tabellen können im Bundesamt für Statistik eingesehen werden.

Zusatzinformation:

Dem einzelnen stehen, gleich wie der öffentlichen Verwaltung, den privaten Firmen und Organisationen, usw., alle Ergebnisse der Zählung zur Verfügung. Die Zahlen selbst sind gratis, d.h. sie können frei im Bundesamt für Statistik konsultiert und herausgeschrieben sowie per Telefon oder Brief erfragt werden. Für die Herstellung von Tabellenkopien auf Papier, Mikrofichen, Magnetbändern, Disketten und für die Benützung der Datenbanken besteht ein Gebührentarif.

Gebühren

Weitergabe von Einzeldaten

(Verordnung über die eidgenössische Volkszählung 1990, Art. 26)

"¹ Das Bundesamt darf die auf Datenträgern gespeicherten Erhebungsmerkmale als Erhebungsdaten weitergeben:

- a) an Statistikstellen des Bundes, der Kantone und Gemeinden für statistische Arbeiten;
- b) an Forscher und Planungsstellen für eigene statistische Arbeiten;
- c) an weitere Institutionen, die vom Bund mit statistischen Arbeiten betraut werden.

Datenschutz

² Die Weitergabe ist nur zulässig, wenn der Datenschutz gewährleistet ist und die notwendigen vertraglichen Abmachungen getroffen sind.

³ Die Empfänger dürfen Dritten die übermittelten Einzeldaten nicht bekanntgeben.

⁴ Die Empfänger müssen die erhaltenen Daten nach Abschluss der Arbeiten dem Bundesamt zurückgeben oder vernichten. Die Statistikstellen der Kantone und Gemeinden sind für ihre Gebiete von dieser Pflicht ausgenommen."

1.33.	Erfahren Polizei oder Steuerbehörde, wie ich den Fragebogen ausgefüllt habe?	<u>Notizen</u>
<u>Amtsgeheimnis</u>	Nein, denn alle mit der Durchführung der Zählung und der Bearbeitung der Erhebungspapiere betrauten Personen unterstehen dem <u>Amtsgeheimnis</u> . Sie sind verpflichtet, die während der Zählung erworbenen Informationen und die in den Erhebungspapieren und Kontroll-Listen erhaltenen Angaben geheim zu behandeln.	
<u>Datenschutz</u>	Die Kantone bestimmen eine Amtsstelle (Kontrollorgan), die für die Einhaltung des <u>Datenschutzes</u> sorgt. Auf Bundesebene wird die Kontrolle durch das Bundesamt für Justiz (Dienst für Datenschutz) ausgeübt.	
<u>Kontrolle</u>	<u>Zusatzinformation:</u> Die Gemeinden sind für eine gute Zählung auf ihrem Gebiet verantwortlich und müssen die ausgefüllten Fragebogen <u>kontrollieren</u> . Sie dürfen jedoch die Angaben nicht in ihre Register übernehmen.	
<u>Register</u>	Bis 1980, als die Anforderungen des Datenschutzes noch nicht so streng waren, war es den Gemeinden gestattet, bestimmte Angaben für ihre <u>Register</u> zu verwenden (d.h. die Angaben für nicht statistische Zwecke zu gebrauchen).	

1.34. Wer braucht die Zahlen?

Notizen

Die Zählungsergebnisse sind grundsätzlich jedermann zugänglich. Nicht alle Benützer der Zählungsergebnisse sind namentlich bekannt (z.B. Nutzer der publizierten Bände, die in Bibliotheken aufliegen). Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass sie aus den verschiedensten Kreisen stammen:

Benützer

- Verwaltungen der Gemeinden, der Kantone, der Städte und des Bundes, internationaler Organisationen und ausländischer Staaten
- Hochschulinstitute, Forscher und Studenten
- Planungsbüros
- Privatfirmen, vor allem deren Marketingabteilungen
- Medien, Journalisten, Herausgeber von Nachschlage- und geographischen Werken
- Wirtschaftliche, kulturelle, religiöse, soziale, politische Organisationen und Vereinigungen
- Schulen, Lehrer und Schüler
- Privatpersonen mit entsprechenden Interessen

Dem Bundesamt für Statistik wird allerdings nicht immer mitgeteilt, welche Zwecke die Nutzer mit diesen Statistiken verfolgen und welche konkreten Folgerungen daraus gezogen werden.

Wohnungszählung

Die Wohnungszählung liefert detaillierte Daten über die Wohnverhältnisse der gesamten Bevölkerung, z.B. Anteil Mietwohnungen/Eigenbesitz. Diese Zahlen dienen der Planung im Wohnungsbau. Sie sind für Behörden und interessierte Kreise der Wissenschaft und Wirtschaft bei der Erarbeitung von Prognosen und zur Ausrichtung ihrer Politik und Massnahmen von absoluter Notwendigkeit.

Nutzen

Gebäudezählung

Die Zählung der mit einem Wohnzweck verbundenen Gebäude vertieft die Aussagekraft der Ergebnisse der Wohnungszählung. Die zusätzlichen Informationen über Alter, Standort, Höhe (d.h. Geschosszahl), Grösse (d.h. Zahl der Wohnungen) und den Eigentübertyp der Gebäude ermöglichen Untersuchungen der Wohnungsmärkte. Die Zahlen ergeben ferner ein Bild der Besiedlungsdichte.

Zusatzinformation:

Das Bundesamt für Statistik unterscheidet zwischen:

a) anonymisierte Daten

Wenn die ausgefüllten Fragebogen zum Bundesamt für Statistik zurückgelangen, schliesst sich die Phase der Datenerfassung und -auf-

Anonymität

bereitung an. Dann wird der direkte Personen-
bezug der Daten eliminiert; die Daten werden
ohne Personenbezeichnungen (Namen und Vorna-
men) gespeichert. (Die ausgefüllten Fragebo-
gen werden nach dieser Phase vernichtet.) Die
Daten sind nun bereit zur Auswertung, d.h.
zur Berechnung statistischer Ergebnisse.

Notizen

b) aggregierte Daten

Die anonymisierten Daten werden nach bestimm-
ten geographischen Stufen (z.B. Kantone, Ge-
meinden, usw.) gruppiert und gegliedert. Die
statistischen Ergebnisse müssen so abgefasst
sein, dass sie keine Rückschlüsse auf die be-
troffenen Personen und ihre Verhältnisse zu-
lassen.

1.35. **Was passiert, wenn die Fragen unvollständig oder
falsch beantwortet worden sind?**

Unvoll-
ständig

In erster Linie besteht die Pflicht, die Frage-
bogen vollständig zu beantworten. Unvollständig
beantwortete Fragebogen werden im Rahmen des
sachlich und zeitlich Möglichen durch die Ge-
meinden ergänzt, z.B. durch Einsetzen von even-
tuell vorhandenen Registerdaten. Wenn dies nicht
möglich ist, können sich die Gemeinden wieder an
die Auskunftspflichtigen wenden. Unbeantwortet
gebliebene Fragen werden im Bundesamt für Sta-
tistik wie folgt behandelt:

Rückfragen

Bei den meisten Fragen werden Rückfragen gemacht
oder, wenn dies möglich ist, leitet man die Ant-
worten aus den übrigen Angaben der betreffenden
Person, Wohnung oder des betreffenden Gebäudes
und der Haushaltung ab.

Zur Zeit wird ferner geprüft, ob die Lücken mit
statistischen Methoden geschlossen werden kön-
nen.

Keine Ant-
wort

In Ausnahmefällen wie z.B. Wohnort vor 5 Jahren,
Arbeitsweg, Fläche der Wohnung wird ein besonderer
Code für "keine Antwort" verwendet. Die entspre-
chende Zahl von Personen, Wohnungen oder Gebäude
erscheint in den Tabellen und wird so publiziert.

Falsche
Antwort

Bei ungenauen und bei offensichtlich falschen
Angaben wird versucht, die entsprechende Antwort
ohne Rückfragen aus dem Zusammenhang der übrigen
Antworten zu bestimmen. Bei den häufig anzutref-
fenden vagen Berufsbezeichnungen (etwa "städti-
scher Beamter") weist man die Angabe in der Re-
gel einer Sammelposition zu. Bei der Interpreta-
tion der Ergebnisse muss selbstverständlich an
diese Werteinbusse gedacht werden.

- 1.36. **Gibt es eine Uebersicht über Analysen und Auswertungen, die anhand des Zahlenmaterials erstellt wurden?**

Eine umfassende Uebersicht gibt es nicht. Die von Datenbezügern z.B. für Planungsarbeiten im Bereich Verkehr und Infrastruktur gemachten Arbeiten sind dem Bundesamt für Statistik nicht alle bekannt oder nicht allgemein zugänglich.

Auswertung Veröffentlichungen liegen in der Bibliothek des Bundesamtes für Statistik auf. Eine Liste über Veröffentlichungen ist beim Bundesamt für Statistik erhältlich.

- 1.37. **Welche Ergebnisse wurden bisher am meisten gefragt, welche nie?**

Ergebnisse Aus jahrelanger Erfahrung kennt man die häufigsten Bedürfnisse. Die Publikationen des Bundesamtes für Statistik entsprechen diesen Anforderungen. Eine Liste dieser Publikationen ist beim Bundesamt für Statistik erhältlich.

Allgemein kann gesagt werden, dass die Angaben über Pendler, verbunden mit den benützten Verkehrsmitteln, die Hauptzahlen der Erwerbsbevölkerung, Angaben über den Anteil der vom Eigentümer selbst bewohnten Wohnungen sowie Angaben zur Grösse der Wohnungen (Fläche, Zimmerzahl) am meisten verlangt werden. Gross ist das Interesse auch für kleinräumliche Zahlen, z.B. auf Hektarebene, vor allem für planerische Zwecke. Nicht oder kaum genutzte Daten wurden im Laufe der Zeit durch Anpassung der Fragen ersetzt.

Auskünfte Das Bundesamt für Statistik unterhält einen speziellen Auskunftsdienst, der z.B. im vergangenen Jahr rund 6'000 telefonische und 500 schriftliche Anfragen beantwortete. Eine genaue Uebersicht der Statistikbenützung, insbesondere der publizierten Tabellen, gibt es allerdings nicht. Die schweizerischen Bibliotheken können keine Angaben liefern.

		Notizen
1.38.	Könnten die Tabellen statt zum voraus nicht einfach auf Anfrage hergestellt werden?	
<u>Tabellen/ STATINF</u>	Das Bundesamt für Statistik verfügt mit dem <u>STATINF-System</u> (eine allgemein zugängliche Datenbank) über ein umfassendes Datenangebot, das nach Wunsch aggregiert werden kann. Auch ausserhalb dieser Datenbank sind Auswertungen à la carte möglich.	
<u>Auswertung</u>	Eine gewisse Basisinformation wird jedoch auch künftig in Buch- oder ähnlicher Form publiziert. Diese Dienstleistung ist sehr geschätzt und entlastet zudem wirksam den Auskunftsdienst des Bundesamtes für Statistik. Im übrigen würde ein Verzicht auf diese allgemeinen Auswertungen die Gebühr auch für einfache Anfragen ins Unerschwingliche schnellen lassen, da der Computer jedesmal auf die Einzelrecords (total 6,8 Mio Personen, 2,5 Mio Haushaltungen, 3,0 Mio Wohnungen und 1,3 Mio Gebäude) angesetzt werden müsste.	
1.39.	Was nützt die Berufsangabe, wenn sie sich nicht auf klare Kategorien abstützt?	
<u>Berufe</u>	Die Berufsangabe auf den Fragebogen wird vom Bundesamt für Statistik anhand einer Liste von <u>12'000 Berufsbezeichnungen und 500 Berufskategorien</u> kodiert und kann dann ausgewertet werden. Damit diese Kodierung genau erfolgen kann, sind präzise Berufsangaben absolut unerlässlich. Der Begriff "Angestellter" zum Beispiel ist ungenügend.	
1.40.	Genügt für die Pendlerstatistik anstatt der Adresse des Arbeitgebers nicht die Angabe des Arbeitsortes?	
<u>Arbeitgeber</u>	Im Prinzip könnte die Pendlerstatistik auch mit der Angabe des Arbeitsortes allein gemacht werden. Die Adresse der <u>Arbeitsstätte</u> dient allerdings auch der Kodierung des Wirtschaftszweiges, die Voraussetzung ist für zahlreiche Analysen der Erwerbstätigkeit, des Arbeitsmarktes sowie für Prognosen und Bedarfsrechnungen.	
	<u>Zusatzinformation:</u>	
<u>Arbeitsort</u>	Die genaue Angabe des <u>Arbeitsortes</u> ist besonders für grosse Gemeinden in städtischen Gebieten wichtig, die die Pendlerströme innerhalb der Gemeindegrenzen eruieren möchten.	

1.41. Was geschieht bei Auskunftsverweigerung?

Pflicht

Gemäss Bundesgesetz vom 23.6.1988 über die eidgenössische Volkszählung macht sich jede Person, die vorsätzlich Fragen nicht vollständig oder falsch beantwortet, die Erhebungspapiere trotz Mahnung nicht innert Frist den Zählorganen zurückgibt oder auf andere Weise vorsätzlich ihre Auskunftspflicht verletzt, strafbar und wird mit einer Busse bis zu Fr. 3'000.-- bestraft.

Busse

Zusatzinformation:

Die Busse kann, je nach Höhe des Betrages, einen Eintrag ins Strafregister zur Folge haben. Die Strafverfolgung ist Sache der Kantone.

Art. 3c, Absatz 3 des Volkszählungsgesetzes lautet: "Wer vorsätzlich die Fragen nicht vollständig oder falsch beantwortet, die Erhebungspapiere trotz Mahnung nicht innert Frist den Zählorganen zurückgibt oder auf andere Weise vorsätzlich seine Auskunftspflichten verletzt, wird mit Busse bis zu Fr. 3'000.-- bestraft."

1.42. Darf man die Beantwortung von Fragen verweigern, wenn man sich damit selbst belasten würde?

Rechts-
grundsatz

Dem Rechtsgrundsatz, dass man sich nicht selbst belasten muss steht die gesetzliche Verpflichtung zum Beantworten der Fragen gegenüber. Im konkreten Falle müsste die Person, die wegen Verweigerung von Antworten angezeigt wird, vor Gericht den genannten Grundsatz geltend machen.

Verweige-
run

Melde-
pfl
icht

Aus der Vergangenheit sind solche Fälle nicht bekannt. Die Vernachlässigung der Meldepflicht kann anlässlich der Volkszählung zum Vorschein kommen, hat aber mit den auf dem Fragebogen erhobenen Angaben nichts zu tun.

1.43. Gibt es Rechtsmittel, die Auskunft zu verweigern?

Auskunfts-
pfl
icht

Nein. Die Auskunftspflicht ist im Gesetz geregelt. Ein gültiges Gesetz kann nicht angefochten werden.

KAPITEL 2

Notizen

2.1. Die Volkszählung ist nicht mehr zeitgemäss und überflüssig!

Repräsentative Daten Nur eine Volkszählung ermöglicht die Ermittlung von Bevölkerungsdaten auf der Stufe Kantone und Gemeinden nach einheitlichen Kriterien. Sie liefert vergleichbare Daten für die ganze Schweiz und stellt die Basis für die Hochrechnung von Stichproben dar.

Zusatzinformationen:

Planung Ohne die Volkszählung müsste sich die Planung in zahlreichen gesellschaftsbezogenen Bereichen vermehrt auf Schätzungen ohne solide Grundlagen abstützen; entsprechend würde sie an Genauigkeit einbüßen.

Eine Vielzahl von Benützern müsste eigene Erhebungen durchführen, was zu vielen unnötigen und kostspieligen Doppelspurigkeiten führen würde.

Persönlichkeits-/Datenschutz Gefördert würden auch Bestrebungen, bestehende Personendatenbanken auszubauen und untereinander zu verbinden, was den berechtigten Forderungen nach Persönlichkeits- und Datenschutz zuwiderlaufen würde.

2.2. Mir bringt die Volkszählung nichts, warum soll ich sie also unterstützen?

Nutzen/Planung Im Gegenteil, dem einzelnen kann auf längere Sicht direkt oder indirekt ein individueller Nutzen erwachsen, wenn z.B. gestützt auf Zählungsergebnisse Entscheide zu Gunsten eines Gebietes oder einer Bevölkerungsgruppe gefasst werden, z.B. im Bereich der (AHV-)Renten und Pensionen, der Subventionen, der Verkehrsplanung, des Wohnungsbaus oder der Schul- und Altersheimplanung, der Versorgungsanalyse usw.

Zusatzinformation:

Vergleiche Zusatzinformationen zu Frage 1.9.

2.3. **Die Volkszählung nützt nur den Statistikern!**

Nutzen

Die Volkszählung liefert nicht nur der Verwaltung und Regierung, sondern auch den Politikern, der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Forschung wichtige Grundlagen zur Bewältigung aktueller und künftiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Insofern nützt sie jedem einzelnen.

Jedes Lexikon, jeder Atlas, jede Landkarte enthält Angaben, die der Volkszählung entnommen sind. Jeder Schüler erfährt in der Schule, dass in der Schweiz vier Sprachen gesprochen werden und von wievielen Personen. Woher hat der Lehrer die Information? Aus der Volkszählung!

Zusatzinformation:

Parlamentssitze

Schliesslich ist die anlässlich der Volkszählung festgestellte Zahl der Einwohner massgebend für die Verteilung von Parlamentssitzen und staatlicher Subventionen.

2.4. **Es lohnt sich doch nicht, für so wenige Fragen den ganzen kostspieligen Apparat aufzuziehen!**

Sicher, die Volkszählung ist mit einem grossen Aufwand verbunden. Zahlreiche Stellen befassen sich mit dieser gesamtschweizerischen Erhebung. Die Hauptaufgabe, das Erheben der Daten, liegt bei den einzelnen Gemeinden. Die Planung, Organisation und Auswertung der Daten wird vom Bundesamt für Statistik ausgeführt. Es betraut eine seiner 15 Sektionen mit dieser Aufgabe. D.h. 18 Mitarbeiter/innen bearbeiten die mehrsprachige Volkszählung. Für die Datenerfassung werden zusätzlich rund 200 Aushilfen kurzfristig beschäftigt.

Ergebnis

Das Ergebnis, Daten von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung, die in dieser Form sonst nicht verfügbar wären, rechtfertigen den Aufwand.

Zusatzinformation:

Die Kosten für die Volkszählung fallen nur alle 10 Jahre an. Auf diese Zeit gerechnet, betragen sie pro Einwohner und pro Jahr nur ca. Fr. 1.--.

Im Kosten-/Nutzen-Vergleich ist auch der Aspekt der Zumutbarkeit für die Befragten zu berücksichtigen. Die aktuellen Fragebogen wurden gegenüber 1980 gekürzt, da der Zeitaufwand beim Ausfüllen bemängelt worden war. Gestützt auf eine Vernehmlassung bei verschiedenen Interessenvertretern wurden die Fragen so zusammengestellt, dass sie den Anforderungen an die gewünschten Informationen gerecht werden, ohne das zeitlich und inhaltlich zumutbare Mass für die Befragten zu überschreiten.
Vergleiche Frage 1.9.

2.5. Der Kosten-/Nutzen-Vergleich geht bestimmt nicht auf!Kosten

Die gesamten Kosten der Volkszählung 1990 (Aufwand Bund, Kantone und Gemeinden) dürften rund 70 Mio Franken betragen, das sind gut zehn Franken pro Befragten, die Wohnungs- und Gebäudeerhebung bereits eingerechnet. Umgerechnet auf die Dauer bis zur nächsten Volkszählung sind dies ca. 1 Franken pro Person und Jahr. Obwohl keine Statistik über die Verwendung der Statistiken erhoben wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Kosten, die anfallen würden, wenn die einzelnen Benützer (Privatbetriebe, Forschungsanstalten, Schulen, Gemeinden, Kantone) für sie unentbehrliches Zahlenmaterial selbst erheben müssten, die Kosten der Volkszählung um ein Mehrfaches übersteigen würden.

Effizienz

Nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, dass die Daten der Volkszählung im Vergleich zur üblichen Marktforschung ohne kommerziellen Anlass erhoben werden und der Allgemeinheit grundsätzlich zur Verfügung stehen.

Zusatzinformation:Finanzieller Nutzen

Ein anderer Aspekt ist der Wert der Daten an sich. Wenn genaue Pendlerstatistiken, um nur ein Beispiel zu zitieren, zu einer vernünftigeren Verkehrspolitik führen, dann kann dies leicht in einem einzigen Kanton schon zu bedeutenden Einsparungen führen.

2.6. Eine Kosten-/Nutzen-Rechnung von Grosszählungen ist man dem Bürger bis heute schuldig geblieben!Kosten/
Nutzen

Der Nutzen kann nicht einfach in einem Geldbetrag angegeben werden.

Die Zählungsergebnisse bilden meist Basisdaten, die möglicherweise Bestandteil einer Problemlösung sind, z.B. bei der Bearbeitung der AHV/IV-Revision, der Planung des Regionalzugkonzeptes SBB oder des optimalen Einsatzes von Energieträgern einer Region. Der Nutzen lässt sich für den Benützer meist nicht direkt in Franken und Rappen umsetzen.

Gewinn

- 2.7. **Die Datenerhebung der Volkszählung fördert doch nur die Meinungsforschungsinstitute und andere Interessengruppen oder Institutionen, die damit ihre Existenz bestreiten!**

Profit

Unseres Wissens "lebt" kein Institut von der Volkszählung. Es gibt natürlich Dienstleistungsfirmen, die auch statistische Informationen für ihre Kunden zusammentragen und sich das "Gewusst wo finden" honorieren lassen. Eine blosser Vermittlung von Daten ohne Mehrwert, d.h. ohne Weiterverarbeitung, Analyse oder Verknüpfung mit andern Informationen, wird sicher nur in kleinem Ausmass betrieben.

- 2.8. **Irgend jemand macht bestimmt das grosse Geschäft mit der Volkszählung!**

Gewinn

Kosten

Profit

Vom grossen Geschäft kann nicht die Rede sein. 90 % des Gesamtaufwandes, der nur alle zehn Jahre anfällt, sind Arbeitslöhne und Entschädigungen an Personen (Zähler, Aushilfen). Der Rest (1980: 6 von 55 Millionen Franken) verteilt sich auf Kosten für Hard- und Software des Rechenzentrums, auf Drucksachen, Lokalmieten, Honorare für Spezialisten usw. Dieser Rest geht meist an verschiedene private Firmen.

- 2.9. **Die Liegenschaftsverwaltungen haben bestimmt den grössten Nutzen von der Volkszählung!**

Gleichbe-
handlung

Die Ergebnisse stehen grundsätzlich jedermann zur Verfügung, der sich dafür interessiert. Also kann jedermann den Nutzen daraus ziehen, den er für sich darin liegen sieht. Deshalb und angesichts der grossen Benützerzahl ist es nicht möglich und auch nicht sinnvoll, eine Art "Hitliste" der Interessengruppen und Institutionen zu führen.

Zusatzinformation:

Vergleiche Antwort zu Frage 1.34.

- 2.10. **Für die Sitzverteilung bei den Nationalratswahlen 1991 kommen die Ergebnisse der Volkszählung sowieso zu spät!**

Parla-
mentssitze

Der eidgenössischen Volkszählung kommt immer noch die Funktion zu, als einzige statistische Erhebung der Schweiz die Wohnbevölkerung nach einem einheitlichen Konzept zu ermitteln. Gestützt darauf legt auch das Bundesgesetz über die politischen Rechte von 1976 fest, die Sitzverteilung im Nationalrat nach der Bevölkerungszahl der Kantone vorzunehmen. In den Vorbereitungsarbeiten für die Volkszählung 1990 ist deutlich geworden, dass auf der geltenden gesetzlichen Grundlage die Hauptergebnisse nicht rechtzeitig für die Nationalratswahlen vom Oktober 1991 bereitgestellt werden können. Den Antrag des Bundesrates, die Volkszählung deshalb um ein Jahr auf 1989 vorzuverlegen, hat das Parlament jedoch abgelehnt.

Wegen des Zeitbedarfs vor allem der grossen Gemeinden und der Städte mit über 100'000 Einwohnern und den notwendigen Kontrollarbeiten des Bundesamtes für Statistik ist es ausgeschlossen, dass die Volkszählungsergebnisse bis zu dem von der Bundeskanzlei, den Kantonen und Parteien verlangten Termin von Ende Februar 1991 zur Verfügung stehen. Damit wird die Sitzverteilung auf der Basis der Ergebnisse der Volkszählung von 1980 vorgenommen. Die eidgenössischen Räte haben mit ihrem Entscheid klargestellt, dass die Beibehaltung des 10-Jahres-Rhythmus und die genaue Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse Vorrang haben vor allfälligen geringfügigen Verschiebungen unter den 200 Nationalratssitzen. Aufgrund der vorhandenen Erfahrungen und messbaren Verschiebungen könnte es sich ohnehin nur um die Verschiebung von maximal 2 - 3 Sitzen handeln.

- 2.11. **In den Fragebogen hat es völlig überflüssige Fragen, z.B. nach dem Wohnort vor fünf Jahren. Diese Angaben werden doch nicht verwendet!**

Wohnort/
Ausbildung/
Berufe

Gewisse Fragen werden gestellt, um Statistiken einer ganz bestimmten Art aufstellen zu können. Beispiele: Die Angaben zum Wohnort vor 5 Jahren erlauben es, Wanderungsströme und damit die Mobilität der Bevölkerung, vor allem der Erwerbstätigen, festzustellen. Die Antworten auf die Fragen nach den erworbenen Abschlusszeugnissen dienen bisher dem Zweck, den erlernten Beruf bzw. das Studium, den ausgeübten Beruf und die Stellung im Beruf (Unterscheidung der gelernten und angelernten Personen) richtig oder zumindest besser festzuhalten.

2.12. Was nützt ein Datenschutz, wenn die Einhaltung nicht kontrolliert wird?

Notizen

Daten-
schutz

Die Kantone haben vom Bundesrat den Auftrag, eine Amtsstelle (Kontrollorgan) zu bestimmen, die für die Einhaltung des Datenschutzes sorgt. Diese Datenschutzbeauftragten dürfen nicht identisch sein mit denjenigen Personen, die für die Durchführung der Zählung auf dem Kantonsgebiet verantwortlich sind.

Kontrolle

Auf Bundesebene wird die Kontrolle durch das Bundesamt für Justiz (Dienst für Datenschutz) ausgeübt.

Diese Stellen garantieren für Einhaltung und Kontrolle des Datenschutzes.

Zusatzinformation:

Die Aufgaben des Kontrollorgans umfassen:

- Mitwirken bei der Instruktion der mit der Zählung beauftragten Stellen und Personen
- Ueberwachen des Sammelns und der Verarbeitung der Daten, der Kontrolle, der Vervollständigung, des Transportes und der Aufbewahrung der Erhebungspapiere und Kontroll-Listen
- Beratung der mit der Zählung beauftragten und der auskunftspflichtigen Stellen und Personen in Datenschutzfragen.

Notizen

- 2.13. **Mit der Volkszählung werden noch mehr individuelle Daten des Bürgers gespeichert!**
- Daten-
schutz Die Personenbezeichnungen (Name und Vorname) dienen der Vollständigkeitskontrolle der Zählung sowie der Bestimmung von Erhebungsmerkmalen. Sie dürfen weder gespeichert noch weitergegeben noch sonstwie verwendet werden. Nach der Bestimmung der Erhebungsmerkmale werden sie vernichtet.
- Hilfsmerk-
male Die Hilfsmerkmale (Adresse des Wohnortes oder der Wohnorte, Name und Adresse der Arbeitsstätte bzw. der Schule) dienen dem gleichen Zweck. Sie dürfen jedoch vorübergehend gespeichert, aber weder weitergegeben noch sonstwie verwendet werden. Nach der Bestimmung der Erhebungsmerkmale werden sie gelöscht.
- Erhebungs-
merkmale Zusatzinformation:
Als Erhebungsmerkmale der Person gelten:
1. das Geburtsdatum, der Geburtsort, das Geschlecht, der Zivilstand, die Stellung im Haushalt, die Sprache, die Konfession, die Nationalität, der wirtschaftliche Wohnsitz, der zivilrechtliche Wohnsitz sowie der Wohnsitz fünf Jahre vor der Zählung;
 2. bei Ausländern die Art der Aufenthaltsbewilligung;
 3. die Erwerbs- oder sonstige Tätigkeit, die Ausbildung sowie der Beruf und die berufliche Stellung;
 4. der Standort der Arbeitsstätte bzw. der Schule, die Benützung von Verkehrsmitteln auf dem Weg zur Arbeit bzw. zur Schule sowie der Zeitbedarf für diesen Weg.
- 2.14. **Die Volkszählung will den Bürger aushorchen, aber meine Privatsphäre geht den Staat nichts an!**
- Privat-
sphäre Die Meinung, mit Hilfe der Volkszählung werde jeder einzelne Bürger vom Staat durchleuchtet und seine Daten in einem zentralen Personenregister gespeichert, ist falsch. Ein solches Register wäre illegal, und die Verantwortlichen würden gesetzlich belangt.
- Die Fragen der Volkszählung werden an jede Person gerichtet, auch an Kinder und Jugendliche. Nicht um sie zu kontrollieren oder weil man sich für sie als Einzelperson interessiert, sondern um aus den Angaben aller Personen Aussagen über die gesamte Bevölkerung machen zu können.

2.15. **Wer garantiert mir, dass die Zähler die Daten nicht für eigene Zwecke missbrauchen?**

Amtsgeheimnis

Die Zähler stehen, genauso wie alle anderen im Rahmen der Volkszählung tätigen Personen, unter Strafandrohung für den Fall missbräuchlichen Umgangs mit den Angaben (Amtsgeheimnis).

Missbrauch

Zudem können die Fragebogen dem Zähler in verschlossenem Umschlag zurückgeben werden. Der Zähler muss sie der Gemeinde in diesem Zustand abgeben. Im Gegensatz zur Erhebung von 1980 darf der Zähler so zurückgegebene Fragebogen nicht mehr selber auf Vollständigkeit kontrollieren.

2.16. **Die Angaben werden mit andern Aemtern ausgetauscht, wo bleibt da der Datenschutz?**

Datenschutz

Die Weitergabe von Einzeldaten ist in der Verordnung über die eidgenössische Volkszählung 1990 klar geregelt.

Anonymität

Das Bundesamt für Statistik darf die ohnehin anonym gespeicherten Einzeldaten nur unter Wahrung des Datenschutzes und unter gewissen Umständen an bestimmte Personen oder Amtsstellen weitergeben, nämlich:

1. an Statistikstellen des Bundes, der Kantone und Gemeinden für statistische Arbeiten.
2. an Forschungs- und Planungsstellen für eigene statistische Arbeiten.
3. an weitere Institutionen, die vom Bund mit statistischen Arbeiten betraut werden.

Die Empfänger dürfen Dritten die übermittelten Einzeldaten nicht bekanntgeben und müssen diese nach Abschluss der Arbeiten dem Bundesamt zurückgeben oder vernichten.

Zusatzinformation:

Die Statistikstellen der Kantone und Gemeinden sind für ihre Gebiete von der Pflicht zur Rückgabe oder Vernichtung der Einzeldaten ausgenommen.

Notizen

2.17. **Wer kombinieren kann, kann von den einzelnen Daten auch auf Personen schliessen!**

Das ist aufgrund dieser Daten ausgeschlossen. Die Statistik ist grundsätzlich nicht an namentlich gebundenen Daten interessiert, deshalb werden die Daten von den Namen getrennt, d.h. anonymisiert.

Verordnung Die Verordnung über die eidgenössische Volkszählung 1990 schreibt vor: Statistische Ergebnisse der Zählung, die vom Bundesamt oder anderen Stellen veröffentlicht oder sonstwie zugänglich gemacht werden, müssen so abgefasst sein, dass sie keine Rückschlüsse auf die betroffenen Personen und ihre Verhältnisse zulassen.

Persönlichkeits-
schutz Das Wiedererkennen von Personen ist beim streng limitierten Zugang zu den Einzeldaten (Vergleiche 2.16.) nur möglich, wenn gleichzeitig zusätzliche Informationen aus anderen Quellen zur Verfügung stehen.

2.18. **Beamte und Funktionäre, die gegen die Datenschutzbestimmungen verstossen, werden ja doch nicht bestraft!**

Amtsgeheimnis
Missbrauch Alle Personen, die mit der Volkszählung beauftragt sind, unterstehen dem Amtsgeheimnis. Wer gegen dieses verstösst, wird nach Art. 320 StGB beurteilt. Wer trotz Mahnung und Hinweis auf die Strafdrohung oder einer andern Vorschrift in der Verordnung über die eidgenössische Volkszählung oder einer aufgrund einer solchen Vorschrift getroffenen amtlichen Verfügung nicht nachkommt, wird, wenn keine schwere strafbare Handlung vorliegt, mit Busse bis zu 5'000.-- Franken bestraft.

Zu widerhandlungen von Gemeinde- und Kantonsorganen werden vom zuständigen Kanton verfolgt und beurteilt.

2.19. **Die Volkszählung hilft den Gemeinden, ihre Register nachzuführen!**

Register Den Gemeinden ist der Datenabgleich zu ihren Gunsten, d.h. das Nachführen und Ergänzen ihrer Register verboten.

Hingegen dürfen sie, ja müssen sogar, Daten aus den Registern entnehmen, um unvollständig ausgefüllte Fragebogen zu ergänzen.

2.20. **Der Aufwand, der für Rückfragen betrieben wird, lohnt sich doch gar nicht!**

Rückfragen Der Aufwand ist begrenzt, und die Rückfragen sind die beste Garantie für die Vollständigkeit und Genauigkeit der Antworten. Die Rückfragen erfolgen in erster Linie auf Gemeindestufe. Zuerst versucht die Gemeinde, die Erhebungspapiere mit den Daten zu vervollständigen, über die sie verfügt. Ist dies nicht möglich, holt sie die fehlenden Angaben direkt bei den Auskunftspflichtigen ein.

Vollständigkeitskontrolle

Das Bundesamt für Statistik macht nur dann Rückfragen, wenn bestehende Lücken in den Fragebogen nicht auf einfacherem Weg zu schliessen sind.

Beispiel:

Eine nicht eindeutige Bezeichnung der Gemeinde des Arbeitsortes (ähnliche Namen in verschiedenen Kantonen) wird durch Bezug auf den Wohnort ergänzt.

2.21. **Die Fehlerquote der Volkszählung ist bestimmt höher als bei anderen Umfragen!**

Vollständigkeitskontrolle Die Vollständigkeitskontrolle ergibt sehr gute Resultate, insbesondere im Vergleich mit andern Ländern. Betreffend die Genauigkeit oder Qualität der Antworten sind die einzelnen Fragen, je nach Schwierigkeitsgrad, unterschiedlich zu bewerten. Wir zählen jedoch auf die Verantwortlichen in den Gemeinden, die durch Kontrollen und Rückfragen die Qualität der Ergebnisse stark beeinflussen können und auf die Mitarbeit der Bevölkerung die umfassend informiert wird. Insgesamt darf man davon ausgehen, dass die Volkszählung um ein Mehrfaches genauer ist als kommerzielle Marktforschungsuntersuchungen, die in der Regel eine Fehlerquote von 2 bis 5 Prozent aufweisen und nur für grosse Gebiete oder ausgesuchte Kleinräume repräsentativ sind.

Fehlerquote

Zusatzinformation:

Die getrennten Erhebungen für Personen und Gebäude erlauben zusätzlich eine Vollständigkeitskontrolle auf der Stufe Haushalt/Wohnung.

Bereits vorhandene Daten aus der jährlich nachgeführten Statistik über den Bevölkerungsbestand (ESPOP) zeigen die ungefähre Zahl der zu erfassenden Wohnbevölkerung der Gemeinden.

	2.22. Weniger genaue Angaben würden auch genügen!	<u>Notizen</u>
<u>Präzision</u>	<p>Wenn mit "Angaben" die Antworten der Befragten gemeint sind, so lautet die Antwort: Nein. Die Antworten können nicht präzise genug sein, wenn man <u>gute Ergebnisse</u> haben will.</p>	
<u>Irrtümer</u>	<p>Wenn mit "Angaben" die rechnerisch bis auf die letzte Einheit genaue Bekanntgabe der Ergebnisse gemeint ist, so kann man sagen: Ja, sicher. Denn diese sind von der Aussage her meistens mit einer im einzelnen nicht genau bekannten Unsicherheit behaftet, da bei verschiedenen Gelegenheiten <u>Irrtümer</u> auftreten können, z.B. beim Beantworten der Fragen, beim Uebersetzen der Antworten in Schlüsselzahlen, beim Erfassen der Information auf Magnetband. Die Präzision der Ergebnisse besteht daher oft nur scheinbar. Gerundete Zahlen sind meist nicht weniger gut.</p>	
	2.23. Das billigere Stichprobenverfahren könnte die Volkszählung schon lange ersetzen!	
<u>Stichprobe</u>	<p>Eine <u>Stichprobe</u> kann nicht die gleichen Daten liefern wie die Volkszählung. Hochrechnungen und Stichproben können sogar nur aufgrund von Vollerhebungen gemacht werden. Die beiden Erhebungsformen ergänzen sich also, wobei die Volkszählung (Vollerhebung) die Basis bildet.</p>	
<u>Kosten</u>	<p>Eine Stichprobezählung, die wie eine volle Zählung Ergebnisse für jeden Kanton, jede Gemeinde, ja sogar für Teile von Gemeinden liefern soll, müsste so angelegt werden, dass in jedem dieser Gebiete eine eigene, dafür repräsentative Stichprobe gezogen wird. Eine derartige Zählung würde im Umfang einer Vollzählung entsprechen und deren <u>Kosten</u> wahrscheinlich noch übertreffen. Auch so wären Angaben über Minderheiten, z.B. seltene Berufe, sprachliche Minderheiten, in genügender Genauigkeit nicht erhältlich. Gerade die Volkszählung soll aber derartige Ergebnisse bringen, deshalb ist die Vollerhebung der einzige Weg.</p>	
	<u>Zusatzinformation:</u>	
	Vergleiche Frage 1.11.	

- 2.24. **Andere Länder, z.B. Schweden, führen die Volkszählung anhand von bestehenden Registern durch, das ist viel effizienter als die Schweizer Erhebung!**

Ausland-
vergleich/
Register

Es stimmt, dass vereinzelte Länder wie Schweden, Norwegen, Finnland und Dänemark Volkszählungen als Registerzählungen durchführen.

Zentrales
Personen-
register

Dies ist nur möglich, weil diese Länder im Gegensatz zur Schweiz ein zentrales Personenregister führen. Ein zentrales Personenregister ist mit politischen, verfassungs- und datenschutzrechtlichen Problemen und Konsequenzen verbunden. Wir zweifeln daran, dass dies eine wünschbare Variante wäre.

Zusatzinformation:

Im übrigen sind die erwähnten Registerzählungen, mit Ausnahme von Dänemark, zusätzlich mit einer Befragung durch Fragebogen verbunden.

Vergleiche Frage 1.13.

- 2.25. **Falschangaben werden gar nicht erst entdeckt!**

Kontrolle

Die Kontrolle der ausgefüllten Fragebogen obliegt in erster Linie den Gemeinden, die gute Kenntnisse der örtlichen Verhältnisse haben.

Fehler

Bei der Auswertung gibt es zudem spezielle Programme, die Falschangaben oder Widersprüchlichkeiten eruieren und auf einer Liste ausdrucken. Solche Angaben werden dann wie fehlende Angaben korrigiert.

Vergleiche Frage 1.28.

Zusatzinformation:

Leere Fragebogen werden von der Gemeinde mit den vorhandenen Registerdaten, wenn nötig auch durch Rückfrage bei den Auskunftspflichtigen, ausgefüllt.

(Gemäss Verordnung, Art. 19, Abs. 2.)

- 2.26. **Eine Auskunftsverweigerung ist möglich, wenn man sich durch die Aussage selber belastet!**

Notizen

Dies trifft für die Volkszählung kaum zu. Die Angaben dürfen nicht zu administrativen, sondern nur zu statistischen Zwecken verwendet werden.

Rechts-
grundsatz

Dem Rechtsgrundsatz, dass man sich nicht selbst belasten muss, steht die gesetzliche Verpflichtung zum Beantworten der Fragen gegenüber. Im konkreten Falle müsste die Person, die wegen Verweigerung von Antworten angezeigt wird, vor Gericht den genannten Grundsatz geltend machen.

Verweige-
rung

Aus der Vergangenheit sind solche Fälle nicht bekannt. Die Vernachlässigung der Meldepflicht kann anlässlich der Volkszählung zum Vorschein kommen, hat aber mit den auf dem Fragebogen erhobenen Angaben nichts zu tun.

Melde-
pflicht

- 2.27. **2 Mio Franken werden bei der Volkszählung allein für TV-Spots und Zeitungswerbung ausgegeben - das ist Verschleuderung von Steuergeld!**

Kosten

Es ist richtig, dass im Kredit für die bevorstehende Volkszählung ein Posten von rund 2 Mio Franken für die Schulung der Volkszählungsverantwortlichen und Zähler sowie für die sachliche Information (aber nicht die Werbung) aller Betroffenen eingeschlossen ist. Diese Information ist unabdingbar für das Verständnis des Ablaufs der Zählung, umso mehr, als unser kleines Land mehrsprachig ist und zahlreiche Bürger anderer Nationen in der Schweiz wohnhaft sind.

Informa-
tion/
Werbung

KAPITEL 3

Alphabetisches Stichwortverzeichnis

Ablauf und Verantwortung	S. 5/6
Amtsgeheimnis	33/46/47
Anonymität	19/35/46
Arbeitgeber	23/37
Arbeitsort/-stätte	23/37
Ausbildung	43
Auskünfte	21/32/36
Auskunftspflicht	38
Ausländer	18
Auslandvergleich	16/18/50
Auswertung	25/36/37
Benützer	21/34
Berufe	37/43
Busse	38
Daten	28/32
Datenverknüpfung	12/24
Datenschutz	5/32/33/39/44/45/46
Effizienz	41
Einwohnerkontrolle	18
Einwohnerregister	18
Einzelerfassung	17
Ergebnisse	25/36/40
Erhebungsmerkmale	45
Falsche Antwort	35
Fehler	50
Fehlerquote	48
Finanzieller Nutzen	41
Fragebogen	20/21/22
Fragen	21
Fragenwahl	19
Freiwillig	16
Gebäudeerhebung/-zählung	11/20/34
Gebäudekoordinaten	24
Gebühren	32
Geschichte	10
Gesetzesrevision 1988	9/10
Gewinn	41/42
Gleichbehandlung	42
Hilfsmerkmale	45
Information	51
Insassen von Heimen	23
Irrtümer	49
Keine Antwort	35
Konfession	22
Kontrollen	25/33/44/50
Kosten	41/42/49/51
Meldepflicht	38/51
Missbrauch	46/47

Nicht erhobene Gebäude	24
Nutzen	12/34/39/40/41
Parlamentssitze	10/40/43
Periodizität	9/10
Personenerhebung	20
Persönlichkeitsschutz/-sphäre	20/39/47
Persönliche Befragung	18
Pflicht	16/38
Planung	39
Präzision	49
Privatsphäre	45
Profit	42
Publikationen	32
Rechtsgrundsatz	38/51
Register/-zählung	18/33/47/50
Repräsentative Daten	39
Rückfragen	35/48
STATINF	37
Stichprobe	17/39/49
Stichtag	8/9/24
Tabellen	37
Unvollständig	35
Vergleichbarkeit	20
Vernichtung der Fragebogen	19/28
Verordnung	47
Verweigerung	38/51
Vollständigkeitskontrolle	48
Werbung	51
Wohnfläche	24
Wohnort	22/43
Wohnsitz	23
Wohnungserhebung/-zählung	11/20/34
Zentrales Personenregister	18/50
Zweck	8

ANHANG

Quellenangabe:

- Bundesgesetz über die Eidgenössische Volkszählung vom 3. Februar 1860;
revidiert am 23.6.1988
- Verordnung über die Eidgenössische Volkszählung 1990 vom 26.10.1988
- Bundesamt für Statistik: Verwendung von Daten der Volkszählung 1980,
Bern, 12.12.1988
- Bundesamt für Statistik: Auswertungen, Kommentare und Analysen der
Volkszählung 1980, Bern 1.8.1988



1990 Eidgenössische Volkszählung
Recensement fédéral
Censimento federale
Dumbraziun federala

Fragen und Antworten zur Volkszählung 1990

Zusätze September 1990 zur Langfassung

1 Wieviel kostet die VZ 1990?

Die Gesamtkosten für die VZ 1990 belaufen sich auf rund 140 Millionen Franken, verteilt auf 10 Jahre (1985 bis 1995). Davon entfallen rund 98 Millionen auf den Bund und 42 Millionen auf die Kantone und Gemeinden. In diesen Beträgen sind die Kosten für die Vorbereitung, die Durchführung und die Auswertung der VZ eingeschlossen.

2 Vor einiger Zeit wurden für Bund und Kantone noch 70 Millionen veranschlagt. Nun sind es mit 140 Millionen doppelt soviel. Wie ist diese Kostensteigerung zu erklären?

1985 wurden die Kosten der VZ 1990 auf 70 Millionen Franken geschätzt. Diese Schätzung orientiert sich an den Aufwendungen für die VZ 1980. Die von Bundesrat und Parlament 1987/88 beschlossenen Veränderungen und Verbesserungen für die VZ 1990 waren nicht berücksichtigt. Zudem war die Teuerung für die Jahre 1985-1995 noch nicht eingerechnet.

Die Anfang 1990 berechneten, höheren Kosten tragen folgenden Veränderungen Rechnung:

- Teuerung (rund 40 %)
- personelle, organisatorische und bauliche Massnahmen zur Sicherstellung des Datenschutzes
- Geokodierung der Wohngebäude in allen Gemeinden der Schweiz
- dezentrale Volkszählungsstellen in den Kantonen mit einem höheren Infrastruktur- und Personalaufwand
- Informationskampagne über den Nutzen der Volkszählung und den Datenschutz
- Verbesserung des Auswertungs- und Diffusionsprogramms.

Die Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Kantonen ist im Volkszählungsgesetz und in der Verordnung zur VZ 1990 festgehalten. Jene zwischen den Kantonen und Gemeinden erfolgt nach kantonalem Recht.

3 Ist es möglich, dass Angaben aus der VZ 1990 für die Steuerveranlagung verwendet werden?

Nein, dies ist ausdrücklich untersagt. Zwar sieht der Bundesbeschluss von 1940 über die direkte Bundessteuer vor, dass die Veranlagungsbehörden, ungeachtet allfälliger Geheimhaltungspflichten, von Verwaltungen und Gerichten Angaben einholen dürfen. Die eidgenössischen Räte haben aber 1988 festgelegt, dass Angaben aus der VZ nicht für personenbezogene Zwecke verwendet werden dürfen. Darunter fallen auch steuerliche Zwecke.

Die eidgenössische Steuerverwaltung hat daher im Frühjahr 1990 an sämtliche, mit der direkten Bundessteuer befassten kantonalen Stellen ein Rundschreiben gerichtet, welches auf das Verbot der Benutzung von Volkszählungsinformation zu steuerlichen Zwecken aufmerksam macht. Das Bundesamt für Statistik hat seinerseits alle kantonalen und kommunalen Volkszählungsstellen darauf hingewiesen, dass sie gegenüber den Steuerbehörden zu keinen Auskünften angehalten werden können.

4 Bei der Erfassung der Daten in den Volkszählungsstellen des Bundes wird durch den Scanner ein elektronisches Abbild des Personenfragebogens erstellt. Wird dadurch nicht gegen das Verbot der Speicherung von Name und Vorname verstossen?

Nein, denn Name und Vorname werden in den Erfassungszentren nicht in eine computerlesbare Form übersetzt. Dies im Unterschied zu den Erhebungs- und Hilfsmerkmalen, die EDV-mässig weiterverarbeitet werden. Name und Vorname bleiben als Kopien erhalten, so wie sie im Fragebogen eingetragen sind. Dieses Bild wird nur bei falschen oder unvollständigen Antworten vom Sachbearbeiter beigezogen werden, wenn Rückfragen nötig sind.

Die Papierfragebogen, die Name und Vorname mit den dazugehörigen Merkmalsangaben enthalten, werden zunächst archiviert. Auf sie soll nur in Ausnahmefällen zurückgegriffen werden. Nach Abschluss der Vollständigkeitskontrolle werden die elektronischen Abbilder von Name und Vorname zusammen mit den Papierfragebogen gelöscht bzw. vernichtet.

5 Wie werden Schwarzarbeiter, untergetauchte Asylbewerber und andere Personen, die sich in der Illegalität befinden, in der VZ 1990 behandelt?

Grundsätzlich müssen auch diese Personen einen Fragebogen ausfüllen und geniessen den Schutz des Statistikgeheimnisses. So ist es z.B. untersagt, aufgrund der VZ gegen sie wegen Verletzung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen vorzugehen.

In der Regel werden aber Personen, die sich in einer illegalen Situation befinden, gegenüber behördlichen Handlungen generell misstrauisch sein. Es kann diesen Personen empfohlen werden, sich an den kantonalen Datenschutzbeauftragten oder direkt an die Statistikstellen der Kantone oder an das Bundesamt für Statistik zu wenden. Diese Stellen sind nicht mit administrativen und ausländerrechtlichen Aufgaben betraut.

6 Warum müssen Name und Vorname überhaupt angegeben werden?

Namen und Vornamen aller Haushaltsmitglieder müssen auf dem Haushaltsumschlag eingetragen werden. Damit kann sichergestellt werden, dass alle Haushaltmitglieder, auch jene die vorübergehend abwesend sind oder die mehrere Wohnsitze haben, in die Erhebung einbezogen werden.

Mit Hilfe des Namens der Haushaltung wird zudem die Beziehung zur Wohnungserhebung hergestellt. Im Wohnungsteil des Gebäudefragebogens muss dafür der Hauseigentümer bzw. die Immobilienverwaltung den Namen des Wohnungsinhabers eintragen.

Auf den Personenfragebogen sind Namen und Vornamen nötig, damit die Gemeinde bei fehlenden Angaben oder bei Unklarheiten Rückfragen und Ergänzungen vornehmen kann. Diese müssen sich natürlich auf die entsprechende Person beziehen. Wenn alle Personen ihre Fragebogen vollständig und korrekt ausfüllen würden, wäre die Angabe von Name und Vorname auf dem Personenfragebogen nicht nötig.

Auch auf den Gebäudefragebogen werden Namen und auch Telefonnummern vom Eigentümer bzw. Verwalter erfragt, so dass es möglich ist, fehlende oder unvollständige Angaben noch zu ermitteln.

- 7 In der Probezählung 1989 bestand die Möglichkeit, auf die Beantwortung der Frage nach der Konfession zu verzichten. Der definitive Fragebogen der VZ 1990 sieht diese Möglichkeit nicht mehr vor. Warum ist es zu dieser Aenderung gekommen?**

Die Verordnung des Bundesrates sieht für alle Fragen die Auskunftspflicht vor. Zwischen der Frage nach der Konfession und den übrigen Fragen im Rahmen der VZ besteht grundsätzlich kein Unterschied. Es wäre daher inkonsequent, wenn bei einer einzigen Frage die Möglichkeit der Nichtbeantwortung zugelassen würde.

Im Vergleich zur Probezählung 1989 ist die Frage nach der Konfession im definitiven Fragebogen anders gestellt. Gefragt wird nicht mehr nach der Konfession als persönlicher Glaubenseinstellung, sondern nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Kirche oder einer Religionsgemeinschaft.

- 8 Wozu dient die Nummer auf dem Personenfragebogen?**

Die elektronische Datenerfassung erfolgt aus technischen Gründen in zwei Etappen. Zuerst werden die Angaben auf den Seiten 1 und 4 des Fragebogens, anschliessend jene auf den Seiten 2 und 3 erfasst. Die Nummer, die auf allen Seiten des Fragebogens angebracht ist, stellt sicher, dass die getrennt erfassten Angaben nachträglich wiederum korrekt zusammengefügt werden können.

- 9 Die Bundespolizei hat während Jahrzehnten ohne gesetzliche Grundlagen Bürgerinnen und Bürger bespitzelt und Informationen gesammelt. Worin besteht der Unterschied zwischen der VZ 1990 und der Fichenaffäre?**

Die VZ als statistische Erhebung hat mit dem Staatsschutz nichts zu tun. Es gibt keinerlei Präzedenzfälle, in denen statistische Informationen für Staatsschutzzwecke missbraucht worden wären. Aus der VZ entstehen keine Register und Karteien. Die eidgenössischen Räte haben dies im revidierten Volkszählungsgesetz ausdrücklich untersagt.

Die in der VZ gestellten Fragen wurden 1987 in einem breiten Vernehmlassungsverfahren diskutiert. Dabei haben sich alle Bundesratsparteien ausdrücklich für die VZ eingesetzt und sogar eine Ausdehnung des Fragenkataloges verlangt. 1988 haben die eidgenössischen Räte das Volkszählungsgesetz aus dem Jahre 1860 fast vollumfänglich revidiert. Dabei wurde insbesondere der Datenschutz umfassend geregelt. Das Volkszählungsgesetz ist das erste Gesetz auf Bundesebene, das ausführliche Datenschutzbestimmungen enthält. Diese gehen sogar weiter als es der Entwurf für ein Bundesdatenschutzgesetz vorsieht (Verbot des Speicherns von Name und Vorname, Verpflichtung zur Vernichtung der Fragebogen, Einsetzen von Datenschutzbeauftragten in allen Kantonen usw.). Die Referendumsfrist ist ungenutzt verstrichen. Die VZ 1990 kann sich auf moderne Rechtsgrundlagen und transparente Organisationsprinzipien abstützen, die in einem demokratischen Entscheidungsverfahren festgelegt wurden.

10 Sind unsere Daten nicht schon längst irgendwo registriert? Würde es nicht genügen, die vorhandenen Register, insbesondere die Gemeinderegister, auszuwerten?

Die Firma Infraconsult AG hat 1990 im Auftrag des Bundes geprüft, ob Angaben aus den Gemeinderegistern die VZ ersetzen könnten. Das Resultat ist eindeutig ausgefallen: nur die 'trivialen Merkmale' Geburtsdatum, Wohngemeinde, Geschlecht, Zivilstand entsprechen mehr oder weniger genau den Merkmalen, die die VZ erhebt. Für die ganz grosse Mehrheit der Merkmale des Personenfragebogens gilt, dass sie in den Gemeinderegistern entweder überhaupt nicht greifbar sind (z.B. die Fragen nach dem Arbeitsweg oder dem Verkehr) oder nur rudimentär und kaum kontrolliert erhoben werden (z.B. Sprache, Hauptbeschäftigung, Erwerbs-situation, berufliche Stellung). Die Gemeinden erfassen in der Regel nur jene Merkmale, die sie für die Führung der Einwohnerkontrolle zu erheben verpflichtet sind. Dies ist aus rechtlicher Sicht konsequent, dürfen doch nur Merkmale erhoben werden, für deren Erhebung eine gesetzliche Grundlage besteht.

Eine grundlegende Abweichung zwischen der Einwohnerkontrolle und der VZ besteht zudem im Wohnsitzbegriff. Die Einwohnerkontrollen der Gemeinden kennen keine einheitliche Praxis. Die meisten Einwohnerregister sind eng mit den Stimmrechtsregistern gekoppelt. Es ist durchaus möglich, dass bei nichtstimmberechtigten Bürgern keine oder viel weniger Merkmale gespeichert sind. Zwischen den Zivilstandsregistern und den Einwohnerkontrollregistern bestehen in der Regel nur schwache Verbindungen. So kann es z.B. längere Zeit dauern, bis ein neugeborenes Kind in der Einwohnerkontrolle eingetragen wird. Uneinheitlich ist auch die Praxis bei verschiedenen Ausländerkategorien.

Im Wohnungs- und Gebäudebereich, der durch die VZ ebenfalls erhoben wird, sind diese Probleme noch ausgeprägter. Hier bestehen in der Regel überhaupt keine koordinierten Register auf Gemeindeebene. Zudem fehlt die Möglichkeit, Angaben über Wohnungen und Gebäude mit Angaben über Personen und Haushalte zu verbinden.

Die ganz grosse Mehrheit der von der VZ erhobenen Merkmale werden in keinen kantonalen und kommunalen Registern geführt. Erst recht ausgeschlossen ist es, die Register untereinander zu verbinden und zu gesamtschweizerisch einheitlichen Aussagen zu kommen. Es ist Ausfluss der schweizerischen Rechtslage (keine Bundeskompetenzen zur Regelung der Registerführung) und der föderalistischen Strukturen, dass **nur** die VZ als Direktbefragung bei der Bevölkerung heute die benötigten Grundinformationen zu liefern vermag. Alle anders lautenden Aussagen werden durch keine Fakten gestützt und werden in Unkenntnis der realen Sachlage abgegeben.

11 Wieviele Personen müssen die Auskunft verweigern, damit die VZ 1990 unbrauchbar wird?

Die VZ als Vollerhebung ist darauf angewiesen, dass alle Haushalte und Personen mitmachen. Um die Vollständigkeit der Angaben sicherzustellen, sehen die gesetzlichen Grundlagen vor, dass die Gemeinden Vollständigkeitskontrollen vornehmen und allenfalls Rückfragen tätigen und Ergänzungen anbringen müssen. Verweigerungen treffen daher in erster Linie die Gemeinden und erhöhen den Aufwand, der durch Ergänzungen, Mahnungen und Rückfragen entsteht. Schliesslich ist auch der Bund verpflichtet, Vollständigkeitskontrollen und allenfalls Ergänzungen vorzunehmen.

Die Frage nach einem Scheitern der Volkszählung als Folge von Verweigerungen ist eine Frage des personellen und finanziellen Aufwandes, der von den verantwortlichen Stellen getrieben wird, um Vollständigkeit zu erreichen. Es handelt sich damit letztlich nicht um ein statistisches, sondern um ein politisches Problem.



1990 Eidgenössische
Volkszählung

Verwendung von Daten der Volkszählung 1980

Einleitung

Die nachstehende Uebersicht über die Verwendung von Daten aus der Volkszählung (VZ) gliedert die aufgeführten Beispiele pragmatisch wie folgt in fünf Bereiche (1. bis 5.): nach der geographischen Zuordnung bzw. dem Verwaltungsniveau (Bund, Kanton, Gemeinde) oder nach der Verwendung ausserhalb der öffentlichen Verwaltung (Wirtschaft und Verbände bzw. Forschung und Statistik). Beispiele, die mehreren Bereichen zugeordnet werden können, sind nur einmal, gewöhnlich beim höhern Niveau, genannt. Verwendungen ausschliesslich zu Publikations- oder Illustrationszwecken (Medien, Unterricht) sind nicht in diese Uebersicht aufgenommen worden.

In Form eines Index' über der fortlaufenden Nummer werden die Beispiele ausserdem wie folgt charakterisiert: Im ersten Teil, ob sie eher eine administrative (A) oder eine mit längerer Perspektive angelegte planerische (P) Verwendung bezeichnen. Im zweiten Teil des Index' sind schliesslich Hinweise auf die hauptsächlichen Inhalte der Verwendung enthalten, gemäss nachstehender Legende.

Legende der Indices

A= Politisch-administrative Verwendung, auch buchhalterischer Aspekt
P= Prospektiv-planerische Verwendung

POL= rein politische Verwendung

FIN= Verwendung für Finanzhaushalt, Verteilungsschlüssel etc.

SOZ= Verwendung in der Sozialpolitik resp. -planung

TRA= Verwendung in Verkehrspolitik u. -planung

MAR= Verw. für den priv. Markt: Arbeits-, Wohnungsmarkt, Investitionen

STR= Verw. in öff. Infrastrukturplanung: Ver- u. Entsorgung, Schulen, Spitäler, Dienstleistungen; Strukturpolitik

PLA= Verwendung in der Planung: Raum-, Richt-, Orts-, Quartierplanung

KUL= Verwendung in Umwelt- und Kulturpolitik

WIS= wissenschaftliche Verwendung

Hinweis

Es handelt sich im folgenden effektiv um Beispiele, um dokumentierte Verwendungen von Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 1980 für öffentliche und private Planung und Entscheidungen. Die Liste kann nicht umfassend sein (so stützen sich insbesondere alle Richtplanungen und viele Prognosen auf Volkszählungsdaten) und bezieht Anfragen bei städtischen und kantonalen statistischen Aemtern in der Regel nicht ein (z.B. Stadt Zürich: 180 Anfragen in 5 Jahren).

1. Politik und Verwaltung, Niveau Bund

A:POL

- 1.01 Verteilung der Nationalratssitze auf die Kantone aufgrund der durch die Volkszählung ermittelten Wohnbevölkerung (nach wirtschaftlichem Wohnsitzbegriff).

A/P:SOZ

- 1.02 Planung der wirtschaftlichen Landesversorgung: Einwohner- und Strukturdaten aus der Volkszählung werden durch die ETH Zürich im Auftrag des zuständigen Bundesamtes (BWL) bereitgestellt.

A:FIN

- 1.03 Die Eidgenössische AHV/IV-Kommission und das Bundesamt für Sozialversicherung benützen die Altersverteilungen aus der Volkszählung als Arbeitsgrundlage für AHV/IV-Revisionen.

A:FIN

- 1.04 Verwendung in der Risikoversicherung, SUVA Luzern: Analyse der Krebssterblichkeit nach Berufen. Als Referenzmaterial dient die Berufsstatistik der Volkszählung.

A:FIN

- 1.05 Neubearbeitung des Erhebungskonzeptes von Haushaltrechnungen. Die Haushaltrechnungen bilden die Grundlage für die Gewichtung der Bestandteile des Konsumentenpreisindexes. Man benötigt die Struktur der Bevölkerung und der Haushalte.

P:TRA

- 1.06 Planung des Regionalzugkonzeptes SBB aufgrund von Pendlerdaten und Verkehrsmittelwahl gemäss Volkszählungsergebnissen.

P:TRA

- 1.07 Die Zürcher S-Bahn-Planung stellte wesentlich auf die VZ-Pendlerdaten ab: Arbeits- und Schulpendinger nach aufgewendeter Fahrzeit und nach Verkehrsmittel.

P:STR/KUL

- 1.08 Energiepolitik: Studien über den Wärmeverbrauch des Wohnsektors, anhand von Daten der Wohnungs- und Gebäudezählung 1980. Dienen als Beurteilungsgrundlage von Energieszenarien, zur Erkennung von Belastungsgebieten, wo Massnahmen gemäss Luftreinhalteverordnung vorzusehen sind. Der Vollzug von Umweltschutzgesetz und Luftreinhalteverordnung (Erstellen eines Emissions- und Immissionskatasters) muss sich auf Daten des Energiebereichs abstützen können, die für das ganze Land erhoben wurden. Diese Daten liefert die Wohnungs- und Gebäudezählung.

P:STR/PLA

- 1.09 Planung von Massnahmen: Struktur und räumliche Verteilung der Zweitwohnungen, Bundesamt für Raumplanung. Strukturdaten Volkszählung und Daten aus der Gebäude- und Wohnungszählung dienen als Grundlage.

P:PLA/KUL

- 1.10 Lärmkataster: Bestimmung der Zahl der Bewohner in Lärmgebieten entlang von Bahnen und Strassen mittels kleinräumlicher Daten der Volkszählung.

P:PLA

- 1.11 Das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) hat regionalisierte Perspektiven des Wohnungsbedarfs 1995 erarbeitet, als Grundlage zur Baugebietsabgrenzung und damit zur Freihaltung von Landwirtschafts- und Grünflächen. Verwendete Daten: Einwohner, Haushalte, Wohnungen.

P:STR/MAR

- 1.12 Das BWO hat als Auswertung der Eidgenössischen Wohnungszählung ferner den Bericht "Wohnen in der Schweiz" erarbeitet. Er wird von Vereinigungen wie Pro Familia und Pro Senectute verwendet und dient nicht zuletzt dem Planen behindertengerechten Wohnraums.

P:TRA

- 1.13 Planung der Luftverkehrsdienste der Regionen im Alpenbogen (ARGE-ALP). Das Verkehrsamt des Kantons Tessin stützt sich bei seiner Mitarbeit auf Volkszählungsdaten über Bildung, Beruf und Wirtschaftsbranche.

P:TRA

- 1.14 Bei Verkehrsfragen in der Waadt, etwa wegen der Probleme der Verbindung zwischen Nyon und Genf oder einer allfälligen Verlängerung einer TGV-Linie (auf Wunsch Frankreichs) dienten Volkszählungsdaten zur Abklärung.

2. Politik und Verwaltung, Niveau Kanton

A:POL

- 2.01 Sitzverteilung in kantonalen Parlamenten auf die einzelnen Wahlkreise auf Grund der Volkszählungsergebnisse.

A:POL

- 2.02 Nach der Zahl der schweizerischen Bevölkerung gemäss Volkszählung verteilt sich die Zahl der Sitze im Urner Kantonsparlament auf die Gemeinden.

A/P:POL/PLA

- 2.03 Der Zürcher Regierungsrat hat dem Kantonsrat periodisch über die Besiedlungs- und Nutzungsentwicklung des Kantons und seiner Regionen Bericht zu erstatten. Er stützt sich dabei auf verschiedene VZ-Daten: Einwohner total, nach Geschlecht und Alter, Berufstätige, Pendler, Haushalte, sowie auf Wohnungszählungsdaten.

P:PLA

- 2.04 Siedlungsleitbild und Richtplan Kanton Schwyz: Zur Ausarbeitung der als Grundlage dienenden Bevölkerungs- und Wohnungsbedarfsprognosen wurden Strukturdaten der Volkszählung verwendet.

P:PLA

2.05 Welche Bevölkerung hat der Kanton Zürich im Jahr 2010? Für diese Prognose werden u.a. folgende VZ-Daten verwendet: Einwohner nach Altersklassen, Privathaushaltungen nach Haushaltsgrösse, Wohnort vor fünf Jahren, Anzahl Ledige, Verheiratete, Geschiedene und Verwitwete. Für die Arbeitsplatzperspektive 2000 dagegen sind die Berufstätigen nach der Zahl ihrer wöchentlichen Arbeitsstunden einzubeziehen.

P:STR

2.06 Für die Mittelschulplanung im Kanton Schwyz wurden Volkszählungsergebnisse über Ausbildung und berufliche Tätigkeit verwendet.

P:STR/SOZ

2.07 Altersheimplanung Kanton Solothurn auf Grund regionaler Bevölkerungsprognosen; Basis dieser Prognosen sind die Ergebnisse der Volkszählung.

P:STR/SOZ

2.08 Die regionale Altersstruktur, wie sie die VZ ausweist, findet Eingang in speziellen Vorausschätzungen des St. Galler Zentrums für Zukunftsforschung, welche für die Alters- und Pflegeheimplanung im Kanton Thurgau erstellt werden.

P:STR/SOZ

2.09 Der Altersbericht 1983 im Kanton Luzern basiert für die Berechnung der erforderlichen Altersheimplätze sowie der einzurichtenden ambulanten Dienste wesentlich auf einer differenzierten Analyse der Altersstruktur auf Gemeinde-, regionaler und kantonaler Stufe. Quelle: Volkszählung.

P:STR/SOZ

2.10 Altersheimplanung erfolgt auch im Kanton Wallis aufgrund von Bevölkerungsprognosen (ähnliche Prognosen in weiteren Kantonen basieren immer auf VZ-Daten).

A:POL

2.11 Gesetz über die politischen Rechte. Postulat Ueli Schnyder, Fribourg 1983, Vorbereitung aufgrund von VZ-Altersstrukturdaten. Ebenso beim Postulat zum Petitionsrecht, Heinz Jost, 1982.

P:PLA/STR

2.12 Entwicklungsplan der IHG-Bergregion Glâne-Veveyse, Kanton Freiburg, 1983/84. Verwendung der Strukturdaten aus der Volkszählung 1980. Desgleichen: Haute-Sarine 1985. Ferner: Entwicklungskonzept des Seebezirks, 1987, unter Beizug von Bevölkerungsprognosen.

P:PLA/STR

2.13 Für die Revision der Entwicklungsziele und für Massnahmen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes gemäss Investitionshilfegesetz sowie als Basis der Richtplanarbeiten nahm der Kanton Uri eine sozioökonomische Situationsanalyse vor. Die Ergebnisse dreier Volkszählungen wurden beigezogen, wobei die Vielzahl der Strukturdaten, aber auch ihre kleinräumige Verfügbarkeit, von grosser Bedeutung waren.

P:PLA/STR

2.14 Revision der Programme der Bergregionen im Wallis erfolgt u.a. aufgrund von VZ-Daten.

P:PLA/STR

2.15 Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes der IHG-Region Val-de-Ruz, Kanton Neuenburg, mithilfe von Volkszählungsdaten.

P:PLA/STR

2.16 Mithilfe von Volkszählungsdaten über Wohn- und Arbeitsplätze überwacht der Kanton Zürich die Lage seiner wirtschaftlich bedrohten Regionen.

P:STR/MAR

2.17 Kantonale Wirtschaftsentwicklung Freiburg, Erarbeitung des Berichts "Fribourg, le nouveau défi", 1985, mithilfe der demographischen Struktur, der Daten über die wirtschaftliche Tätigkeit und von Prognosen über die Entwicklung der Wohnbevölkerung sowie der Erwerbspersonen.

P:PLA

2.18 Strukturdaten der Volkszählung, teilweise kleinräumig ausgewertet, wurden im Kanton Luzern für die Richtplanarbeiten (kantonaler Richtplan 1986, regionale bis 1988) beigezogen. Sie lieferten dabei Entscheidungsgrundlagen für die Abgrenzung von Siedlungs-, Industrie- und Gewerbebezonen oder für Planung und Dimensionierung von Bauten und Anlagen im öffentlichen Sektor.

P:PLA

2.19 Erarbeitung des kantonalen Richtplanes Freiburg 1986. Wichtige Anwendung der Volkszählungsergebnisse, so auch in andern kantonalen Richtplänen.

P:PLA

2.20 In Genf wurden 1984 die Zahlen der aktiven und der Wohnbevölkerung sowie die Wohnungsdaten gemäss Volkszählung auch als Hektardaten für die Richtplanarbeiten beigezogen.

A:POL/FIN

2.21 Regierungsprogramm und Finanzplan des Kantons FR 1987-91, erstellt unter Verwendung von demographischer Struktur, Daten der Berufstätigkeit sowie Projektionen der Gesamtbevölkerung, der Berufstätigen, der Schüler und der Rentner.

A/P:FIN/STR

2.22 Das Dekret über die Subventionierung im Altersheimbau des Kantons Freiburg, 1986, stützt sich auf Volkszählungsdaten und Bevölkerungsprognose.

P:STR

2.23 Die kantonale Spitalplanung Neuenburg verwendet aus der Volkszählung Bevölkerungsstrukturdaten sowie darauf aufbauende Prognosen.

P:STR

- 2.24 Insbesondere demographische Daten aus der Volkszählung verwendet der Kanton Zürich für seine Krankenheimplanung, die Krankenhausbedarfsplanung sowie die medizinischen Fachkonzepte (Geburts- hilfe, Kinder- und Jugendheimkonzept etc.).

P:STR

- 2.25 Bettenbedarfsabklärung am Bezirksspital Greyerzerland, 1987: Grundlage war die Entwicklung von Einwohnerzahlen. Diese wurden auch bei der Erweiterung der Orientierungsstufe Greyerzerland und des Gymnase du Sud beigezogen.

A:FIN

- 2.26 Ermittlung des Mietwerts der von Eigentümern bewohnten Wohnungen für die Revision des Waadtländischen Steuergesetzes, unter Verwendung folgender Daten der Gebäude- und Wohnungszählung: Miete, Wohnfläche, Baujahr, Zimmerzahl und Art der Belegung.

A:FIN

- 2.27 Erstellen einer neuen Steuerskala im Kanton Waadt, aufgrund der Volkszählungsdaten über verheiratete und unverheiratete Paare, die Familien mit nur einem Elternteil und die Kinderzahl.

A:POL

- 2.28 Revision des Art. 21 der Kantonsverfassung (Amtssprachen), der Begriffe der Amtssprache und der Sprachregion. Verwendung der Daten zur linguistischen Struktur (Muttersprachen) in den Gemeinden. Fribourg 1987.

A:FIN

- 2.29 Gesetz über die Beziehung zwischen Staat und Kirchen, Problem der Staatskirche, Aufteilung der Kirchensteuer der juristischen Personen. Fribourg, 1987. Verwendung der Daten zur Religionszugehörigkeit.

A:FIN

- 2.30 Wallis: Berechnung der Gemeinde-Indices für den Finanzausgleich zwischen den Gemeinden und für den Sonderfonds, aufgrund der Bevölkerungszahl gemäss Volkszählung.

A:FIN

- 2.31 Aktuelle VZ-Daten (z.B. der aktiven Bevölkerung) werden auch in den Kantonen Solothurn und Freiburg beigezogen, wenn es um den finanziellen Ausgleich zwischen (Kirch-)Gemeinden geht.

P:POL/PLA

- 2.32 Umfassende Analyse des Stadtkantons Basel mithilfe der VZ-Strukturdaten als Grundlage der Regierungsziele wie "Basel 86". Dabei erfolgt jeweils auch ein Vergleich zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

A/P:FIN/STR

- 2.33 Die Schulstatistik und Einwohnerentwicklung (u.a. mithilfe der VZ) zu verfolgen, ermöglichte der Stadt Basel, in den letzten Jahren einige Schulhäuser einzusparen.

P:PLA/MAR/STR

- 2.34 Eine retro- und prospektive arbeitsmarktpolitische Studie in der Region Biel-Seeland dient unter anderem der Sicherung angemessener Reserven von Industrie- und Gewerbeland. Sie verwendet Daten über Einwohner, Arbeitsstätten und Beschäftigte.

P:PLA/TRA

- 2.35 Längerfristige Planungsstudien wie der Masterplan rund um den SBB-Bahnhof Basel sind kaum denkbar ohne VZ-Pendlerdaten: Wohn- und Arbeitsort, Verkehrsmittelwahl. Hier spielen auch sämtliche Prognosen der regionalen Entwicklung herein.

A/P:FIN/TRA

- 2.36 Bei der Einführung des Tarifverbundes im Kanton Luzern wurde für die Kostenverteilung auf die Gemeinden auf die Pendlerdaten je Verkehrsverbindung (gemäss Volkszählung) zurückgegriffen.

P:KUL/PLA

- 2.37 In Basel werden beim Vollzug der Luftreinhalteverordnung und der Lärmverordnung gemäss Umweltschutzgesetz auch VZ-Daten verwendet. Dies betrifft v.a. Wohn- und Arbeitsort sowie Verkehrsmittel der Pendler, welche Daten besonders bei der Erarbeitung von Emissionskataster und Lärmempfindlichkeitsplan zu beachten sind.

P:KUL/PLA

- 2.38 Der Kanton Luzern liess für den Teilbereich Hausbrand (Feuerungsanlagen im Bereich der Haushaltungen) einen Emissionskataster erstellen. Dieser stützt sich auf Ergebnisse der Gebäudezählung, wie Anzahl beheizter Gebäude, verwendete Heizsysteme und Energieträger.

P:TRA

- 2.39 Nicht zuletzt aufgrund einer kantonsübergreifenden Netzoptimierungsstudie, u.a. mithilfe von Pendlerdaten der Region erarbeitet, wurde und wird in der Nordwestschweiz der öffentliche Verkehr ausgebaut: So erfolgte in Basel auch die Verknüpfung der Linien 10 und 17 zur "längsten Tramlinie Europas".

A/P:PLA/FIN

- 2.40 Regionale Wohnungsbedarfsprognosen im Tessin auf Basis der Daten über Einwohner, Haushalte und (Zweit-)Wohnungen dienen der Gestaltung des Subventionswesens bei Wohnungen für Leute mit niedrigen Einkommen, sowie als Grundlage für Massnahmen zur Eindämmung des Zweitwohnungsbaus.

P:PLA

- 2.41 In Uri - wie in andern Kantonen auch - wird beim Ueberprüfen der Kapazität der Gemeindebauzonen u.a. die Bevölkerungsentwicklung von einer Volkszählung zur nächsten in Betracht gezogen, hier die Entwicklung je Zählkreis.

P:PLA

- 2.42 Altersheim-, Kreisschul- und Zivilschutzplanung im Kanton Uri richtet sich nach räumlicher und Altersverteilung der Wohnbevölkerung, deren Entwicklung jede Volkszählung dokumentiert.

P:PLA

- 2.43 Zur Verflüssigung des Baulandmarktes, aber auch zum bedarfsgerechten Dimensionieren der Baugebiete soll eine Studie in den Regionen Thun-Innerport und Biel-Seeland beitragen, die sich unter anderm auf die Einwohner-, Haushalts- und Wohnungsdaten der Volkszählung abstützt.

P:PLA

- 2.44 Die Regionalplanung im Freiburger Seebezirk verfolgt mit ihrer Arbeit mehrere Ziele: Abgrenzung der Baugebiete, Sicherung von Naherholungsgebieten und Massnahmen zur Schaffung geeigneter Arbeitsplätze. Sie verwendet dazu aus der Volkszählung die Daten über Einwohner, Haushalte, Wohnungen, Pendler und aktive Bevölkerung.

P:TRA

- 2.45 Tessin: Diverse Studien zum öffentlichen Verkehr: Umfeld, potentielle Nachfrage, "modal split", Netzplanung und Tarifverbund; einerseits mithilfe der Personendaten zu Bildung, Beruf und wirtschaftlicher Tätigkeit, andererseits mit den Pendlerdaten.

P:STR

- 2.46 Waadt: Dimensionierung des Kanalisationsnetzes im Broyebezirk sowie einer Kläranlage, Abklärung der Probleme mit Gartenabfällen in Städten mit mehr als 10000 Einwohnern.

A/P:WIS/MAR

- 2.47 In einer Studie über die Entwicklung der Stellen nach Wirtschaftsbranche in der Agglomeration Lausanne wurden wirtschaftliche Dezentralisationserscheinungen nachgewiesen. Dabei wurde die Entwicklung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen jeder Agglomerationsgemeinde zwischen den Volkszählungen 1970 und 1980 verglichen.

P:STR/PLA

- 2.48 Genf erarbeitete 1985 Szenarios des Wohnungsbedarfs 1990-2000; für das Modell wurden Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungsdaten der Volkszählung beigezogen.

P:TRA/PLA

- 2.49 Erarbeitung des Verkehrsrichtplans des Kantons Genf 1984, unter Beizug der Volkszählungsergebnisse über das Pendlerverhalten der Berufstätigen sowie der Schüler und Studenten zwischen den co-dierten Wohn- und Arbeitsorten.

P:TRA/PLA

- 2.50 Eine der Grundlagen des 1988 in Auftrag gegebenen Gesamtverkehrsmodells des Kantons Luzern stellt - neben der Motorfahrzeugstatistik - das Datenmaterial aus der Volkszählung dar: Einwohner, Haushaltungen, Arbeitsplätze nach Sektoren, jeweils in präzis definierten Gebieten. Solch ein Modell liefert Grundlagen für die verschiedensten verkehrsplanerischen Fragestellungen.

A/P:SOZ/FIN

- 2.51 Eine Studie zur Ermittlung der im Haushalt erbrachten Arbeitsstundenzahl verwendet VZ-Strukturdaten zur Beschäftigung; Auftrag einer Motion Berenstein-Wavre im Genfer Grossen Rat 1985.

A:FIN

2.52 Div. Verteilungsschlüssel bei öffentlicher Kostenbeteiligung: u.a. Hauspflege der Invaliden- und Altersbetreuung (FR), oder Strassenbau (VS); gemäss effektiver Bevölkerung.

A:FIN/POL

2.53 Detaillierte Konfessionsangaben aus der Volkszählung werden in der Überwiegenden Mehrzahl der Kantone von den kantonalen Verwaltungen bzw. von Kirchenbehörden verwendet. (In den Kantonen ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, ZG, FR, SO, BS, SH, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, GE, JU). Es geht dabei unter anderm um die Wahl von Pfarrern, die Mandatsverteilung in Synodalräten, die Verteilung von Steuererträgen und Zuwendungen an die Kirchen.

A:FIN/POL

2.54 Eingedenk der besondern Gemeindestruktur deckt die Volkszählung auch ein spezifisch thurgauisches staatspolitisches Bedürfnis ab: nur sie ermöglicht es, weil sie die genaue Einwohnerzahl aller Siedlungen festhält, die Einwohnerzahlen der Schul- und Kirchgemeinden zu kennen, welche in der Regel nicht mit den politischen oder den Ortsgemeinden übereinstimmen.

A/P:FIN/SOZ

2.55 Das Bündner Gemeindeinspektorat erarbeitet mithilfe von VZ-Daten Entscheidungsgrundlagen für die Berggebietsförderung und die Bekämpfung der Entvölkerung.

P:TRA

2.56 Die detaillierte Analyse der in der Volkszählung ausgewiesenen Pendlerströme durch Verkehrsfachleute erleichterte es, in Graubünden neue Postautokurse zu planen.

A/P:STR

2.57 Für den Nachweis des Bedarfs nach neuen Gastgewerbebetrieben und Spiellokalen stützt sich der Kanton Thurgau auf Volkszählungsergebnisse. (Klammerbemerkung: hier leuchtet besonders ein, dass sich die Verwaltung auf die Bevölkerung am wirtschaftlichen Wohnsitz bezieht, und nicht auf die Einwohner gemäss Zivilstandsregister).

Politik und Verwaltung, Niveau Gemeinde

P:PLA

3.01 Ortsplanungen: Verwendung kleinräumlicher Daten (pro Quartier, pro Zählkreis, pro Hektare) durch Stadtplanungsämter und durch private Planungsbüros im Auftrag der betreffenden Gemeinden.

P:PLA

3.02 Arbeitsbasis für die Zentrumsplanung Zug waren kleinräumliche Daten der Volkszählung.

P:PLA

- 3.03 Im Rahmen der Erarbeitung (1987) der Stadtgenfer Bodennutzungspläne gilt es, besondere Lebensräume zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Hierzu werden auch auf Hektaren aggregierte Bevölkerungs- und Haushaltsdaten beigezogen.

P:TRA

- 3.04 Im Auftrag der Zürcher Behördendelegation für den Regionalverkehr wurden die Pendlerdaten der VZ 80 für 1985 aktualisiert, dies im Hinblick auf den Zürcher Verkehrsverbund. Ein Stadtratsbeschluss hatte schon zuvor als VZ-Sonderauswertung den Aufbau einer vielseitig auswertbaren Pendlerdatei veranlasst.

P:TRA

- 3.05 Öffentlicher Verkehr in der Stadt Luzern: anlässlich der Teilüberprüfung 1983 des VBL-Netzes gaben zählkreisweise ausgewertete Pendlerdaten Aufschluss über die innerstädtischen Wunschlinien. Im gleichen Zusammenhang - Verkehrsplanung, Erschliessung mit öffentlichem Verkehr - wurden 1985 zwei Studien vorgelegt, welche die VZ-Pendlerdaten in Stadt und Region Luzern nicht nur nach Verkehrsmittel, Arbeitsweg und Zeitbedarf analysieren, sondern auch das Alter der Berufs- und Ausbildungspendler einbeziehen.

P:TRA

- 3.06 Die Verkehrsplanung in Region und Kanton Bern liess eine kleinräumige Spezialauswertung der Pendlerdaten aus der VZ 80 vornehmen, um damit ein interaktives Verkehrsmodell zu berechnen. Dieses dient u.a. dazu, in den Aussenquartieren der Stadt Bern neue Buslinien zu planen, oder auch dazu, Ortsbusbetriebe in Belp, Bärswil und der Region Längenberg zu evaluieren.

P:TRA

- 3.07 Die Verkehrsplanung Grenchen nimmt Bezug auf die Pendlerbewegungen, dokumentiert in den entsprechenden VZ-Ergebnissen.

P:TRA/PLA

- 3.08 Infrakommunale Pendlerdaten, 1980 in der Regel nicht erhältlich, möchten die Lausanner Stadt- und Verkehrsplaner bei der nächsten Volkszählung erheben lassen. Dies vor allem, um den öffentlichen Verkehr zu optimieren.

P:TRA

- 3.09 Verkehrsplanung durch Behördendelegation für den Regionalverkehr Zürich: 1980 Vorbereitungsarbeiten zum Tarifverbund Zürich.

P:TRA/STR

- 3.10 Beurteilung der regionalwirtschaftlichen Auswirkungen der N8-Varianten am Brünig verwendete: Pendlermatrix, Gemeindebevölkerung nach Struktur und Erwerbstätigkeit aus der Volkszählung 1980.

P:TRA

- 3.11 Bei Verkehrsplanungen, welche der ETH in Auftrag gegeben werden, erfolgt die Bestimmung des Nahverkehrs im Modell der ETH mithilfe verschiedenster Daten, u.a. der Pendlerdaten aus der Volkszählung.

P:PLA

- 3.12 Lausanne möchte die soziale Infrastruktur für die ältere Generation verbessern, unter anderm im Bereich Heimpflege. Eine entsprechende Studie, abgestützt auf Ergebnisse der Volks- und Wohnungszählungen 1970 und 1980, beschreibt quartierweise die Lebensverhältnisse der ältern Bevölkerung.

P:PLA/WIS

- 3.13 Im Auftrag des Stadtplanungsamtes Lausanne hat das IREC (Institut de recherche sur l'environnement construit/EPFL) eine Studie über die soziale Morphologie der Stadt angestellt. Auf Hektarbasis aggregiert fanden u.a. folgende Volkszählungsergebnisse Eingang: Alter, Beruf, sozio-ökonomische Zugehörigkeit, Zivilstand, Haushaltsgrösse, Bevölkerungsmobilität, schliesslich alle Angaben aus der Gebäude- und Wohnungszählung. Neben diesem "Caléidoscope urbain" wurde auch ein "inventaire urbain" mit über 30 thematischen Darstellungen von Dichtewerten und Verhältniszahlen erarbeitet, wie Bevölkerungsdichte oder Miete pro Zimmer oder kleinräumige Altersverteilungen.

P:PLA

- 3.14 Grundlagenstudien des geographischen Instituts der Universität Bern zur Revision des Bauklassenplans und der Bauordnung der Stadt Bern verwenden aus der Volkszählung Daten zur kleinräumlichen Gebäude- und Wohnungsstruktur, sowie zur Bevölkerungsentwicklung.

P:PLA

- 3.15 1986 erfolgte eine im Kanton Genf eine Analyse von 50 Bauperimetern, zwecks Erlangens von planerischen Gestaltungs-Indikatoren. Verwendet wurden Daten aus der Wohnungs- und Gebäudezählung.

P:STR/MAR

- 3.16 Lausanner Perspektivstudie zur Wohnungsnachfrage. Verwendet wurden Volkszählungsdaten 1970 und 1980 über die Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur.

A/P:MAR/STR

- 3.17 Die Kenntnis der Mietpreisstruktur nach Wohnungsgrösse und Bauperiode pro Quartier, wie sie die Volkszählung offenbart, wird in der Stadt Bern verwendet für Kosten/Nutzen-Abklärungen vor Sanierung, Renovation, Abbruch/Neubau von Gebäuden.

P:WIS

- 3.18 Untersuchung der Haushalt- und Wohnsituation von Studenten in Bern; Amt für Statistik der Stadt Bern im Auftrag des Gemeinderates.

P:PLA/MAR

- 3.19 Zum Thema der Zweckentfremdung von Wohnungen erarbeiten das Stadtplanungsamt Bern sowie private Planungsbüros einen Bericht "Erhaltung und Rückgewinnung von Wohnraum". Dabei beziehen sie Daten der Volks- und Wohnungszählungen 1960, 1970 und 1980 ein.

P:PLA/MAR/STR

- 3.20 Die Stadt Zürich versucht die Wohnraumerneuerung zu steuern. Im Auftrag des Hochbauamtes analysiert ein Planungsbüro deshalb das Neubelegungs- und das Erneuerungspotential, wozu es die Daten der Wohnungs- und Gebäudezählung heranzieht.

P:SOZ/STR

- 3.21 Zur Beurteilung der Bedürfnisse nach Betreuung von Betagten und Jugendlichen in der Stadt Bern wurden quartierweise die VZ-Ergebnisse zur Altersstruktur beigezogen; im Auftrag der Sozialdienste der Kirchgemeinden.

P:STR

- 3.22 Planung der längerfristigen Belegungsmöglichkeit des Friedhofs Amsoldingen, Begräbnisgemeinde Amsoldingen-Höfen-Zwieselberg.

P:SOZ/STR

- 3.23 Bei der Planung neuer Stellen und von Neubauten orientieren sich die evangelisch-reformierten und römisch-katholischen Gesamtkirchgemeinden Berns an kleinräumlichen Strukturdaten aus der Volkszählung, die sie mittels Spezialauswertung nach Kirchgemeinden und Pfarrkreisen erhalten.

P:STR/MAR

- 3.24 Bei der Erteilung von Alkoholpatenten orientieren sich in Bern die städtische Gewerbepolizei wie die kantonale Abteilung Gastwirtschaftswesen an Strukturdaten der Bevölkerung und der Arbeitsplätze (am Ort arbeitende Personen) nach Quartieren bzw. nach Gemeinden.

P:STR

- 3.25 Das Energiekonzept der Stadt Bern verfolgt unter anderm den optimalen Einsatz aller Energieträger, eine Stabilisierung des Verbrauchs und eine Reduktion der Immissionen. Als Daten wurden unter anderm eingegeben: solche über die Einwohner, Haushalte, Wohnungen, Pendler, Erwerbstätige und Beschäftigte.

P:STR/MAR

- 3.26 In Frutigen war ein Einkaufszentrum geplant. Bei der notwendig gewordenen Ortsplanungsrevision setzte man sich mithilfe von Einwohnerdaten mit der Frage der zulässigen Verkaufsfläche im Detailhandel auseinander.

P:PLA

- 3.27 Sollte die Stadt Biel einem Gesetz zur Erhaltung des Wohnraums unterstellt werden? Um dies im Blick auf erhaltenswerten preisgünstigen Wohnraum abzuklären, zieht ein aktuelles Gutachten Einwohner-, Haushalts- und Wohnungsdaten aus der Volkszählung bei.

P:PLA

- 3.28 Die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung war in Untersuchungen zur Sanierung von Basler Hinterhöfen von einiger Bedeutung. Quelle der kleinräumigen Daten war die Volkszählung.

P:PLA

- 3.29 Die Quartierplanung im Basler Gundeldingerquartier sowie der Parkkartenversuch stellen wesentlich auf Pendlerdaten aus der Volkszählung ab.

P:WIS/PLA

- 3.30 Schulmässige Behandlung von Problemen: Struktur einzelner Stadtquartiere von Bern, Schule für soziale Arbeit Bern; räumliche Verteilung der Romands in Stadt und Region Bern, Geographisches Institut der Universität Neuenburg; vergleichende Untersuchung der Struktur der Quartiere Wittigkofen und Tscharnnergut in Bern, Geographisches Institut der Universität Bern.

P:MAR

- 3.31 Um Massnahmen zugunsten des Dienstleistungssektors treffen zu können, liess der Luzerner Stadtrat die Verflechtungen des tertiären Sektors mit der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in der Agglomeration analysieren. Die beauftragte städtische Wirtschaftsförderung konsultierte dabei Volkszählungsergebnisse, u.a. über die Wohnbevölkerung, die aktive Bevölkerung sowie die Pendler.

4. Wirtschaft, Verbände und Private

P:MAR

- 4.01 Planung der Bautätigkeit und der Investitionen in Wohnbauten durch die Privatwirtschaft: Verwendung von Prognosen der Wohnungsnachfrage und der quartierweisen Mietpreisstruktur. Dies erfolgte unter anderm in den Städten und Agglomerationen Aarau, Bern, Genf, Winterthur, Zug und Zürich, unter Zuhilfenahme von Wohnungs- und Gebäudestatistiken der Volkszählung 1980; im Auftrag der Merkur-Immobilien-gesellschaft, publiziert bei Rüegger Zürich.

P:PLA/MAR

- 4.02 Marketingplanung, Potentialanalysen, Standortwahl für neue Betriebe (inkl. Studium der Umweltbelastung durch den Verkehr) durch Datenbezüge aus der Privatwirtschaft; allgemeine Strukturdaten, Pendlerdaten werden regelmässig verwendet.

A:FIN/POL

- 4.03 Die Römisch-katholische Zentralkonferenz der Schweiz, die Schweizerische Bischofskonferenz und der Evangelisch-reformierte Kirchenbund der Schweiz benötigen für ihre Tätigkeit detaillierte Angaben zur Konfessionszugehörigkeit, wie sie die Volkszählung bereitstellt.

P:MAR

- 4.04 Für Marktforschung der Grossverteiler wie für Banken und Versicherungen stellt der Kanton Zürich Volkszählungsdaten zur Verfügung, u.a. Erwerbstätigkeit nach Wohn- und Arbeitsstätten und benütztem Verkehrsmittel sowie Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweig.

P:MAR

4.05 Marktforschung: Bestimmung von Gebieten, in welcher eine mögliche Kundschaft wohnt, durch Bezug von quartierweisen Daten (Altersverteilung, Berufsverteilung); Beispiel Buchverlag.

P:MAR

4.06 Eröffnung einer Praxis: Aerzte, Zahnärzte, Tierärzte beziehen oft Daten aus der Volkszählung für eine bestimmte Region.

P:MAR

4.07 Planung und Ueberprüfung von Filialnetzen, Vertreterkreisen: beachtet werden quartierweise Strukturdaten, Anwender sind z.B. Banken, Versicherungen, Detailhandelsketten, Wirtschaftsberatungsunternehmen.

P:MAR

4.08 Marktforschung über Konsumgüter für religiöse Minderheiten: Verwendung der Zahl der Mohammedaner aus der Volkszählung.

P:MAR/STR

4.09 Arbeitshilfen für Berufsberater: Handbücher des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung über Strukturmerkmale und Mobilität in 106 Ausbildungsberufen und 158 ausgeübten Berufen. Der Verband führte besondere Einführungskurse zum Gebrauch der Handbücher durch, die auf Grund von Volkszählungsergebnissen 1980 entstanden sind.

P:MAR/STR

4.10 Darstellung von Berufsalternativen für Lehrerinnen und Lehrer durch Graf+Stalder, laut AGAB-Mitteilung. Verwendung von VZ-Strukturdaten.

A/P:POL

4.11 Sprachpolitische Vorstösse zugunsten der Rätoromanen aufgrund von Analysen und Kommentaren der Volkszählungsergebnisse; Fundaziun retoromana.

A/P:SOZ

4.12 Empfehlungen der CARITAS an Gemeinden, Pfarrer usw. zur Betreuung von Alleinerziehenden, abgestützt auf Volkszählungsdaten über die Familientypen.

5. Forschung und Statistik

P:WIS/SOZ

5.01 Als Grundlage für arbeitsmedizinische Vorbeugeempfehlungen untersucht das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern die Sterblichkeit nach Berufen. Es stützt sich dabei auf Berufsdaten der Volkszählung und der Sterbestatistik.

A/P:STR/SOZ

- 5.02 Verbesserung der Dienstleistungen psychiatrischer Polikliniken: Vergleich der Bevölkerung "Patienten" mit den statistischen Daten der Volkszählung über die Gesamtbevölkerung des Einzugsgebietes durch die Psychiatrische Universitätsklinik Genf.

P:WIS/MAR

- 5.03 Planung und Ueberprüfung von Stichprobenbefragungen: Vergleich mit den Strukturdaten der Gesamtbevölkerung gemäss Volkszählung. Derartige Anwender sind z.B. Universitätsinstitute, Dienststellen der Stadt Bern, private Markt- und Meinungsforschungsbüros. Aber auch das BFS mit seinen alljährlichen thematischen Mikrozensusen ist auf gesamtschweizerisch vergleichbare Vergleichszahlen angewiesen.

P:TRA

- 5.04 Gesamtverkehrsmodelle etwa zur Planung alternativer Netze sind auf Pendlerdaten aus der Volkszählung angewiesen: Wohn- und Arbeitsorte, Verkehrsmittelwahl.

P:TRA

- 5.05 Analyse der Motorisierung im Kanton Tessin. Verwendete VZ-Daten: Beruf, Bildung, Tätigkeitsgebiet.

P:POL/STR/WIS

- 5.06 Risikoanalyse: Aufgrund von Volkszählungs- sowie Betriebsdaten wurde in einer Basler Studie von Prof. Reber das Risikopotential von Betrieben in der Region Basel abgeschätzt.

A:WIS/POL

- 5.07 Waadt: Verwendung der Volkszählungsdaten als Referenzmaterial für das kantonale Tumoregister sowie für verschiedenste Berechnungen: Arbeitslosenrate, Wohnungsbestand, Berufstätigkeit der Frau, Inanspruchnahme medizinischer Leistungen.

A:WIS

- 5.08 Entwicklung einer raschen Methode zum Schätzen von Renovationskosten von zwischen 1945 und 1975 erbauten Wohnungen. Die Architekturschule Genf verwendete 1986 hiezu Gebäude- und Wohnungsdaten.

A/P:PLA/WIS

- 5.09 Der Bericht der Genfer Commission d'urbanisme (1986) verwendet Bevölkerungs-, Haushalts- und Wohnungsdaten aus der Volkszählung.

A/P:POL/WIS

- 5.10 Ein Bericht des Basler Regierungsrates über die Wohnungsbelegung sowie ein Gutachten des Basler Instituts für Sozialwissenschaften zum Wohnungsmarkt und zur Wohnungsmarktpolitik verwenden u.a Einwohner- und Wohnungsdaten aus der Volkszählung.